radikal ins nächste Jahrtausend!

den Widerstand organisieren trotz Repression

7.12.1995

Nr. 355

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM



Super gefreut haben wir uns über die Nachricht, daß Ulf letzte Woche aus der Beugehaft in Bremen entlassen wurde. Obwohl wir letztes Wochenende mit einigen wenigen Leuten bei der Knastkundgebung gefroren und getanzt haben, müßten nun, wo ihr die Zeitung in den Händen haltet, Werner, Ralf, Andreas und Rainer, nach ihren Haftprüfungsterminen auf Kaution entlassen worden sein. (Na endlich!!!!!!!)
Trotz allem wollen wir euch die Demo am 16.12. in HH ans Herz legen, denn die Prozesse stehen ja noch an. Liebe Grüße an die Entlassenen und die Untergetauchten !!!!!!!!!!!!!!
Power an alle von der Roten Flora!! Vielleicht hat ja die eine oder der andere Lust, demnächst zu einem Baueinsatz nach HH zu fahren.
Ansonsten sehen wie uns auf der Demo gegen die sozialen Angriffe am nächsten Donnerstag. See you !!!

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

Vier Nobelkarossen gingen in Flammen auf

Vier Luxuslimousinen sind in der Nacht zu gestern in Schöneberg und Charlottenburg ausgebrannt. Personen kamen nicht zu Schaden. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

„Wir schließen nicht aus, daß die vier abgefackelten Nobelkarossen auf das Konto der Kreuzberger Terroristen von ‚Klasse gegen Klasse' gehen", so ein Beamter. Es seien an den Tatorten Teile von Brandsätzen gefunden worden, die den Verdacht erhärten. Die Serie begann am Sonntag kurz nach 23 Uhr. Anwohner aus der Badenschen Straße in Schöneberg hatten vor dem Haus 48 Feuer bemerkt und die Feuerwehr alarmiert. Ein großer Chevrolet stand in Flammen und brannte völlig aus. Kaum hatten die Feuerwehrleute ihre Schläuche wieder eingerollt, ging in der Wartburgstraße ein Porsche in Flammen auf. Sechs Minuten später raste ein Löschzug in die Reichsstraße, um erneut einen Porsche zu löschen. Zu guter Letzt brannte in der Hessenallee ein „Jaguar". Kurz nach Mitternacht war der Spuk vorbei. Der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen. Die zuständigen Beamten hüllten sich gestern in Schweigen. Gerüchte, nach denen die Karossen Mitarbeitern von Bau-Firmen gehören, wurden weder bestätigt noch dementiert.

Ordner:
Weltfrauenkonferenz
Redebeitrag 16.11. HH
Berliner Anarcha/o-VeganerInnen

Das Flugblatt, das zu einer Demo am 9.12.95 gegen den Sitz der Jungen Freiheit in Berlin aufruft ist eine Fälschung. Auch ihr steht als Unterstützerin drunter. Genausowenig wie ihr hat den Aufruf keine einzige Gruppe unterzeichnet.

An alle, die am 25.11.95 nach der "Antifa heißt Angriff"-Demo in der Kreutziger Strasse waren und den Bulleneinsatz mitgekriegt haben bzw. verletzt worden sind.
Meldet Euch beim EA c/o Mehringhof, Gneisenaustr 2a, 10961 Berlin
Schreibt oder ruft an Tel. 6922222 (Anrufbeantworter)

Gemeinsam gegen Sozialleistungskürzungen und Ausgrenzung

Demonstration

SchülerInnen
StudentInnen
Auszubildende

Erwerbslose
Lohnabhängige

Behinderte
Pflegebedürftige

MigrantInnen

UnterstützerInnen:
RefRat der HUB, AStA FU, ALternative Linke(ALi), Internationale Sozialistische Organisation(ISO), Antirassistische Initiative(ARI), LandesschülerInnenvertretung(LSV), Ini gegen das AsylbLG, WBA Friedrichshain, B259, Für eine linke Strömung(fels), Spontanzusammenschluß Mobilität f. Behinderte, IG behinderter Studierender, Tutorium "Wer behindert wen?" an der ASFH, Berliner Gruppe der feministischen Partei "Die Frauen", FDCL, Initiative christliche Linke, Kollektiv NUPALOM, Kritische GewerkschafterInnen, IG Medien-Jugend Bln.-Brandbg, AG Junge GenossInnen, Linke SchülerInnenaktion(LiSA), SSB, B90/Grüne Abt. Wirtschaftspolitik , Kollektive Hand e.V., UL-UDS a.d. FU, Baobab,

V.i.s.d.P. Holger Schuhmann, Weichselstr.8, 12043 Berlin

Donnerstag, 14.12.'95

17.30 Kottbusser Tor

WIR HABEN DIE SCHNAUZE VOLL!

In den letzten Jahren wird massiv zusammengestrichen, wovon wir leben müssen. Die Sozialhilfesätze sind gesenkt worden, die Pflegeversicherung wird über die Mehrarbeit von MalocherInnen bezahlt, bei den Arbeitsämtern wird Druck gemacht, damit Leute Scheiß Jobs akzeptieren anstatt ihr Recht auf Arbeitslosengeld und -hilfe in Anspruch zu nehmen.

Und die nächsten Kürzungen sind schon im Gespräch: nach Vorschlag der CDU soll die Arbeitslosenhilfe zeitlich beschränkt und jährlich gesenkt, die Lohnfortzahlung im Krankenheitsfall beseitigt und die Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen weiter verschärft werden. Jede Woche gibt es solche Nachrichten, man spekuliert darauf, daß einzelne Vorhaben leichter durchkommen, wenn nur genug Vorschläge gemacht werden.

Gerechtfertigt werden die Sozialkürzungen damit, daß es angeblich "zu hohe Sozialabgaben für Betriebe" gebe. Man wiederholt uns die ständig gleiche Leier davon, daß der "Wirtschaftsstandort Deutschland" gesichert werden müsse. Daß einfach nicht genug Geld da sei, um die unglaublich hohen Sozialabgaben zu finanzieren. Tatsache ist jedoch, daß die Löhne in der BRD seit den 70ern real abgenommen haben, daß die Reichen reicher geworden sind, während die Armen mit weniger auskommen müssen als früher. Tatsache ist außerdem, daß die Arbeitslosigkeit trotz Wirtschaftswachtstums seit Gründung der BRD nicht mehr so hoch war wie heute. Das heißt immer weniger Menschen produzieren einen immer größeren Reichtum, das Land wird wohlhabender, die Unterschichten ärmer.

Es wäre also genug da, damit alle anständig leben können. Das Problem ist nur, daß manche Unternehmen lieber ins Ausland abwandern als Sozialabgaben zu zahlen. In Rußland, Taiwan oder Brasilien arbeiten die Leute für 1,50 DM die Stunde, erzählt man uns. Das heißt letztlich nichts anderes, als daß hier auch immer mehr Menschen für 1,50 DM die Stunde arbeiten werden müssen (schon jetzt arbeiten einige für 2-3 DM die Stunde). Wenn wir uns auf diese Logik einlassen, wird es in der Zukunft gar keine Sozialabgaben mehr geben und die Monatslöhne werden auf 300 DM sinken. Tolle Vorschläge, die uns präsentiert werden. Da fragt man sich, wer denkt hier eigentlich unlogisch?!

Warum sollen wir uns also auf die Rechenmanöver der Unternehmen einlassen, die durch die Lohndrückereien höhere Gewinne erzielen wollen. Wir sehen, daß Millionäre in Zehlendorf ihre Villen ausbauen, wir können auf dem Kudamm die neuen Cabriolets bewundern und in Berlin-Mitte beobachten, wie für Milliarden DM eine neue City aus dem Boden gestampft wird. Warum sollten ausgerechnet wir kürzer treten?

Die Umverteilung zugunsten der Reichen können wir stoppen, wenn wir uns gegen weitere Kürzungen wehren und uns mit denen solidarisieren, denen es ebenfalls nicht gerade berauschend geht. In Frankreich haben erst vor ein paar Wochen Millionen von Menschen gegen die Sparpläne der Regierung gestreikt: mit Erfolg. Jede und jeder, die oder der ihr/sein Recht auf gut bezahlte Löhne oder angemessene Arbeitslosen/Sozialhilfe durchsetzt (oder andere dabei unterstützt), trägt dazu bei, daß die Reichen das Sozialsystem nicht noch weiter abbauen.

WIR WERDEN UNSEREN KLEINEN TEIL DAZU BEITRAGEN.

WIR FORDERN:

- ANSTÄNDIGES EXISTENZGELD STATT MISERABLE SOZIALHILFE FÜR ALLE!
  SCHLUß MIT DER WILLKÜRLICHEN DIÄTENERHÖHUNG IM BUNDESTAG !
- LEHRSTELLEN FÜR ALLE JUGENDLICHEN, DIE EINE AUSBILDUNG MACHEN WOLLEN. WENN ES SIE NICHT GIBT, MÜSSEN SIE VON DER GESELLSCHAFT DURCH AUSBILDUNGSPROGRAMME EBEN GESCHAFFEN WERDEN.
- BETRIEBE SOLLEN IHRE AUSZUBILDENDEN NACH DER LEHRZEIT ÜBERNEHMEN.
- ABSCHAFFUNG DER HUNGERLÖHNE FÜR LEHRLINGE!
  MINDESTENS 1200 DM FÜR ALLE AUSZUBILDENDEN.
- SCHLUß MIT DEN SCHWARZARBEITER-RAZZIEN AUF DEM BAU, DIE NUR DEN UNTERNEHMEN NUTZEN. DENN: WER ANGST HAT, DEN JOB ZU VERLIEREN, ARBEITET FÜR WENIGER UND DRÜCKT DAMIT DIE LÖHNE ALLER!
- JOBS FÜR ALLE, DIE DAS WOLLEN, DURCH VERKÜRZUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH!

EIN WIRTSCHAFTSSYSTEM HAT FÜR DIE MENSCHEN DA ZU SEIN UND NICHT UMGEKEHRT.

KUNDGEBUNG

14.12.'95

10.00 UHR

ABEITSAMT KREUZBERG

CHARLOTTENSTRAßE

"Bargeld für alle" - Flüchtlinge unterstützen!

Seit Inkrafttreten des **"Asylbewerberleistungsgesetzes"** bekommen viele AsylbewerberInnen in der Bundesrepublik keine Sozialhilfe mehr. Statt dessen erhalten sie Leistungen, die in ihrem Wert gegenüber der Sozialhilfe deutlich vermindert sind. Außerdem wird ihnen kein Bargeld ausgezahlt, sondern sie erhalten (in verschiedener Weise) Sachleistungen. In Berlin funktioniert das so, daß die betroffenen AsylbewerberInnen bargeldlos in einem Magazin innerhalb eines Flüchtlingsheims "einkaufen" müssen.

Als **Aktion "Bargeld für alle"** versuchen wir seit Ende letzten Jahres, die betroffenen Flüchtlinge zu unterstützen, indem wir den Umtausch von Sachleistungswaren gegen Bargeld organisieren. Da wir selbst nicht über die Massen an Bargeld verfügen, sind wir dabei auf die Beteiligung möglichst vieler Menschen angewiesen. Auf diese Weise wollen wir auch über die menschenunwürdigen Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes informieren und Menschen zum Protest gegen die rassistischen Sondergesetze für AusländerInnen ermutigen.

Wir wissen, daß wir dieses Gesetz, das auch nur ein Teil eines zunehmend offensiver und rücksichtsloser auftretenden Rassismus in der BRD ist, weder heute noch morgen werden kippen können. Was wir aber tun können, ist zweierlei: die Profiteure, Verantwortlichen und Ausführenden solcher Regelungen behindern und den Alltag der Flüchtlinge durch praktische Unterstützung etwas menschenwürdiger gestalten. Beides sollte nicht ohne das andere geschehen.

Da wir von der letzten Umtauschaktion immer noch Restbestände haben (vor allem Kaffee, Süßigkeiten, Trockenfrüchte und Rasierer), tauschen wir auch weiterhin

jeden Sonntag ab 19.00 Uhr

Sachleistungswaren gegen Bargeld. Der nächste großen Umtauschtermin, zu dem wir auch wieder Flüchtlinge einladen, ist am:

Sonntag, dem 10.12.95, von 15 bis 19 Uhr.

Der Umtausch findet jeweils statt im

***Rat&Tat*, Liebenwalder Str. 16 im Wedding**
(U9 Nauener Platz oder U6 Leopoldplatz).

Kommt massenhaft! Abschaffung der rassistischen Sondergesetze!

Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz,
c/o Rat&Tat, Liebenwalder Str. 16, 13347 Berlin,
Tel.+Fax 455 10 10 /Tel. 455 44 40

Schluß mit Sozialleistungskürzungen und Ausgrenzung

Wir wollen gegen den katastrophalen Sozialabbau in diesem Land demonstrieren. Unter dem Schlagwort der Standortsicherung wird seit Jahren eine verheerende Kahlschlagpolitik betrieben.
Um die Demontage der sozialen Absicherungen mit möglichst wenig Widerstand durchzusetzen, werden die Betroffenen - Gesunde gegen Kranke, Frauen gegen Männer, Deutsche gegen Nichtdeutsche, Junge gegen Alte, Erwerbstätige gegen Erwerbslose - gegeneinander ausgespielt.

Das machen wir nicht länger mit !

LOHNABHÄNGIGE und ERWERBSLOSE **wehren** sich gegen:
- -Arbeitsplatzabbau und Kürzungen von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe
- -Mißbrauchslüge und soziale Kontrolle durch den Staat;
- -zunehmende Zwangsarbeit und die Mobilisierung für die Lohnarbeit;
- -Mietspekulation und Obdachlosigkeit;

BEHINDERTE und PFLEGEBEDÜRFTIGE **wehren** sich gegen:
- -Entmündigung durch die Pflegeversicherung;
- -jede Art von Ausgrenzung;
- -genmedizinische Forschung an Menschen;

MIGRANTINNEN **wehren** sich gegen:
- -eine rassistische Sondergesetzgebung in Form des Ausländergesetzes, Asylbewerberleistungsgesetzes (gekürzte Sozialhilfe, eingeschränkte medizinische Versorgung und Sachleistungen statt Bargeld);
- -Zwangsarbeit und §19 Arbeitsförderungsgesetz (Vorrang für deutsche Arbeitskräfte);
- -Polizeiterror und Abschiebung;

SCHÜLERINNEN, STUDENTINNEN und AZUBIS **wehren** sich gegen:
- -die Unterordnung von Bildung unter wirtschaftliche Interessen;
- -materielle und personelle Einsparungen im Bildungsbereich;
- -soziale Aussonderung und Eliteförderung an Schulen und Hochschulen in Form von Studiengebühren und verzinstem BAföG;
- -Niedriglöhne und Ausbeutung in Auszubildendenverhältnissen

GEMEINSAM demonstrieren wir
für eine MATERIELLE GRUNDSICHERUNG FÜR ALLE; ein SELBSTBESTIMMTES LEBEN und GLEICHE RECHTE für ALLE.

DEMO

am **Do. 14.** Dezember

Treff: Kottbusser Tor **um 17.30**

ErstunterstützerInnen: RefRat der HUB, AStA FU, Alternative Linke (ALi), Internationale Sozialistische Organisation (ISO), Antirassistische Initiative (ARI), LandesschülerInnenvertretung (LSV), Ini gegen das AsylbLG, WBA Friedrichshain

Aufruf der** Ökologischen Linken Berlin **zur Bildung eines sozialrevolutionären Blocks innerhalb der "Demonstration

Ökologische Linke Berlin (ÖkoLi)
im Nachladen, Waldemarstr. 36, Kreuzberg
Treffen: jeden Di 20 Uhr

Aufruf für einen autonomen Block auf der

DEMONSTRATION
für die Freiheit der radikal-Gefangenen
Trotz Repression den eigenen Widerstand entwickeln
16.12.95 12.30 Hamburg/Moorweide

Wir - verschiedene Hamburger Gruppen und Einzelpersonen aus dem autonomen Spektrum - bereiten einen autonomen Block auf der Demonstration am 16.12. vor. Dort wollen wir unsere Solidarität mit der radikal und allen Betroffenen der Razzien vom 13.6. ausdrücken.
Im speziellen wurden Ermittlungsverfahren nach §129 bzw. §129a gegen die Gruppen K.O.M.I.T.E.E., RAF, AIZ und die Zeitschrift radikal zum Anlaß für diese Razzia genommen.
Außer in diesen Verfahren schwingt die BAW auch noch in anderen Zusammenhängen die § 129/129a-Keule, wenn es darum geht, linksradikale Strukturen mit einer wirkungsvollen Praxis auszuspionieren und einzuschüchtern.
Aktuelle Beipiele sind die Durchsuchungen in Weimar nach einer antifaschistischen Aktion gegen die Junge Freiheit, die § 129-Repression gegen die Antifa M in Göttingen oder auch das PKK-Verbot, das zu einer Vielzahl von Verfahren und mehreren hundert kurdischen Gefangenen in den BRD-Knästen geführt hat.

Die radikal hat bereits eine lange Geschichte gegen sie ausgeübter Repression, die sich mal gegen angebliche Herstellerinnen und Hersteller richtete, mal gegen die Vertriebsstrukturen, d.h. gegen Buchläden, Projekte oder Einzelpersonen, die die radikal verkauft haben.
Ging es bei der Kriminalisierung der radikal lange Zeit um die "Unterstützung terroristischer Vereinigungen" aufgrund des Abdruckens von BekennerInnen-Schreiben, so will sich die BAW nun die Mühe der Kriminalisierung und Zensur einzelner Ausgaben auf Grundlage einzelner Texte ersparen, indem das Herstellen an sich als kriminell definiert wird.
Angegriffen wird die radikal als eine Zeitung, die nach wie vor deutlich macht, daß es möglich ist, sich unkontrolliert zu vernetzen und Diskussionsbeiträge jenseits staatlicher Kontrolle und Selbstzensur zu veröffentlichen.
Gleichzeitig geht es aber auch gegen ein Projekt mit einer langen Widerstandsgeschichte, das aufgrund seiner Organisationsform - dem grundsätzlichen Befürworten militanter Aktionsformen und der Möglichkeit einer Diskussion hierüber - nach wie vor für eine revolutionäre Veränderung der Verhältnisse steht. Dabei versucht die radikal das staatliche Gewalt- und Informationsmonopol dadurch in Frage zu stellen, daß sie den Ansatz verfolgt, theoretische Aufarbeitung, Diskussion und Vermittlung von Erfahrungen mit der (Weiter-)Entwicklung einer militanten Praxis der radikalen Linken zu verbinden.

In der Themenvielfalt und der Herangehensweise der radikal spiegeln sich die Vielfältigkeit, unterschiedlichen Ansätze und Utopien der linksradikalen Bewegung wieder. Sie stellt eine notwendige Klammer der verschiedenen Teilbereichskämpfe dar, in denen auch wir als Autonome uns bewegen, sei es als AntifaschistInnen, InternationalistInnen, Feministinnen, Anti-AKWlerInnen usw.

Dabei gilt es, die Verhältnisse hier zum Ausgangspunkt für die Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse zu nehmen. Ein wesentlicher Teil darin ist auch die Solidarität mit den Kämpfen von anderen sozialen Bewegungen um Selbstbestimmung und Herrschaftsfreiheit. Hierbei gibt es für uns nicht die eine Anwort oder das eine Gesellschaftsmodell, das für uns am Horizont steht.
In unseren Politikansätzen gehen wir von einem Nebeneinander verschiedener Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse aus, welche sich gegenseitig bedingen und auch als solche angegangen werden müssen. Die Vielfältigkeit der autonomen Bewegungen und der Versuch, eigene Utopien, Wünsche und Bedürfnisse zum Ausgangspunkt eines widerständigen Alltags zu nehmen und hieran eine Praxis zu entwickeln, stellt für uns eine Stärke da.
Hierfür bedarf es aber Strukturen wie Zentren und Zeitungsprojekte, wo wir uns treffen, austauschen und/oder kritisieren können. Wir brauchen Projekte wie die radikal. Angriffe auf solche Medien werten wir auch als Angriffe auf unsere Strukturen.
Der Kampf um ein selbstbestimmtes Leben hat viele Ausgangspunkte. Es geht uns darum, differenzierte Fragen und Antworten zu entwickeln, die dem entsprechen, worin wir uns bewegen und leben. In diesem Spektrum von unterschiedlichen Erfahrungen, Ängsten und Bedürfnissen entsteht bei uns eine Vorstellung von Widerstand. Von Widerstand, der nicht versucht gemeinsame Kämpfe zu führen, die keine gemeinsamen sind. Von Autonomie, die uns zusammenkommen läßt, weil sie jeder/m seine/ihre eigene Geschichte läßt. Eine Praxis, die sich von, durch und mit unserer Unterschiedlichkeit entwickelt.

Ein ganz konkreter Raum dafür ist die Rote Flora in Hamburg. Obwohl sie durch ein Feuer (möglicherweise durch einen Brandanschlag ausgelöst), schwer beschädigt wurde, machen wir und andere uns daran, den Kasten wieder aufzubauen, und sie weiterhin als Ort unseres Widerstandes zu nutzen. Die Demo am 16.12. soll vor der Flora enden. Wir wollen damit die Flora in ihrem Weiterbestand absichern. Der Senat, die Bullen und die möglichen Verantwortlichen für einen Brandanschlag sollen wissen, daß die Flora mehr als nur Mauern bedeutet. Welche denken, die Situation nach dem Brand für einen schnellen Abriß oder eine Sanierung nach ihrem Gutdünken zu nutzen, haben sich geschnitten. Die Behebung der Brandschäden ist in vollem Gange. Wir machen weiter.

Vielfältige Formen von Herrschaft können nur durch vielfältige Formen von Widerstand bekämpft werden. Die Demonstration am 16. Dezember stellt eine Möglichkeit dar, vielfältigen Widerstand auf die Beine zu stellen und unsere Solidarität mit den radikal-Gefangenen und den Gesuchten Ausdruck zu geben. Die Demo soll auf jeden Fall stattfinden. Auf ein eventuelles Verbot werden wir mit Alternativkonzepten reagieren (hihi).

Freiheit für die radikal-Gefangenen und alle politische Gefangenen!
Aufhebung aller Haftbefehle und Einstellung aller Verfahren wegen der §§ 129 und 129a!
Grüße an alle, die untergetaucht sind!
Rote Flora bleibt!

1.12.95 autonome Gruppen und Zusammenhänge aus Hamburg



Info aus der Flora

Feuer in der Roten Flora

Da ihr von dem Feuer in der Flora vermutlich nur aus den überregionalen Nachrichten erfahren habt und der Eindruck entstanden ist, daß die Flora völlig ausgebrannt ist, wollen wir euch erzählen, wie es bei uns aussieht.
Zuerst die gute Nachricht : Wir machen weiter.
Zunächst aber eine kurze Chronologie der Ereignisse:
Am 28.11. ist um ca. 2.3o Uhr von AnwohnerInnen ein Feuer im OG der Flora bemerkt worden. Die Feuerwehr wurde sofort benachrichtigt und war mit mehreren Löschzügen vor Ort.
Das Feuer ist im "Archiv der sozialen Bewegung" ausgebrochen. Der Brand hat sich sehr schnell auf den gesamten Dachstuhl ausgebreitet, der durch eine besondere Konstruktion die Löscharbeiten sehr erschwert hat. Viele von uns waren die ganze Zeit vor der Flora und konnten nur zugucken, wie die Flammen immer wieder hochgeschlagen sind. Erst gegen 8 Uhr war das Feuer entgültig gelöscht.
Nach der ersten Lähmung und dem Gefühl "Jetzt ist alles vorbei" haben wir uns entschlossen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Flora wieder aufzubauen.
Der Schaden war am ersten Tag noch nicht abzusehen. Das Archiv ist völlig zerstört und ausgebrannt, das Dach fehlt teilweise völlig. Durch den Brand ist der gesamte Bestand an archivierten Dokumenten und Druckerzeugnissen der "Neuen Linken" seit 1945, sowie die Bestände des Fotoarchiv-Kollektivs komplett verbrannt und unersätzliche Materialien vernichtet. Das Erd- und Kellergeschoß waren voll mit Löschwasser.
Am Morgen wurde gleich mit verschiedenen BehördenvertreterInnen Kontakt aufgenommen, um zu verhindern, daß uns die Initiative aus der Hand genommen wird und um möglichst Gelder z.B. aus der Feuerversicherung loszueisen.
Gleichzeitig wurde aus dem Keller und aus dem EG gerettet, was zu retten war. Den ganzen Tag waren viele Menschen an der Flora, in einem Zelt wurde eine Infostelle eingerichtet. Die Stimmung war allgemein "weitermachen". Auf dem Plenum abends waren ca. 3oo Leute.
Es wurde beschlossen, die Bausubstanz prüfen zu lassen und möglichst schnell wieder in das Gebäude reinzugehen. Es war Konsens auf dem Treffen, daß wir so schnell wie möglich einen provisorischen Betrieb wiederaufnehmen wollen und gleichzeitig einen politischen Druck aufbauen müssen, damit der Brandschaden nicht zu einem Vorwand für einen Abriß der Flora genutzt wird.
Der folgende Tag lief dann ganz anders, als wir erwartet hatten.
Bereits in der Nacht wurde das Wasser aus den Kellern gepumpt. Am Morgen sind die ersten Leute ins Gebäude gegangen. Ein Architekt und ein Statiker unseres Vertrauens haben uns die Schwachstellen am Dach erklärt, aber die Sicherheit der tragenden Gebäudeteile bestätigt. Den ganzen Tag über haben viele zusammen aufgeräumt, geputzt und die Leute mit Fachverstand haben angefangen, die Dachkonstruktion so freizulegen, daß ein Notdach aufgesetzt werden kann. Vor der Flora stand die ganze Zeit ein Bauwagen, wo Infos, Kaffee und Brötchen verteilt und Beileidsbekundungen und Spenden entgegen genommen wurden.
Am frühen Abend kam noch einmal die Einsatzleitung der Feuerwehr, die den ersten Einsatz in der Brandnacht gemacht hat. In Gesprächen mit ihnen ergaben sich überraschende Neuigkeiten. Als wir die Flora nach dem Brand erstmals betreten haben, waren die Vokütür zum Park hin aufgebrochen, die Vokütür zum Flur hin offen und am Archiv eine zugemauerte Tür aufgebrochen. Wir sind bis dahin davon ausgegangen, daß die ersten Feuerwehrmänner die Tür und die Mauer aufgebrochen haben, um an den Brandherd zu gelangen (auch die Brandermittlung des LKA ist davon ausgegangen). Nun haben aber die Feuerwehrleute bei der Begehung erzählt, daß die Türen in der Vokü offen waren, und das Loch

in der Mauer schon bei ihrem Eintreffen da war. Sie haben es lediglich etwas vergrößert. Hinzu kommt, daß seit ca. einer Woche ein Bewegungsmelder mit Alarmanlage im Archiv angeschlossen war. Da es aber noch mehrere Fehlalarme in den letzten Tagen gegeben hat (vielleicht durch Mäuse ausgelöst), war die Alarmanlage nur an einen Anrufbeantworter geschaltet. Der Alarm wurde in der Brandnacht 2 mal ausgelöst, einmal um ca. 1.30 und einmal um ca. 1.40 Uhr. Die Leute, die am Abend vor dem Brand als letzte im Archiv waren haben außerdem von Anfang an gesagt, daß sie sich sicher sind, alle Geräte abgeschaltet zu haben und können sich einen Gerätebrand nicht vorstellen.
Aufgrund dieser Informationen gehen wir inzwischen davon aus, daß es sich nicht um einen technischen Defekt, sondern mit sehr großer Wahrscheinlichkeit um einen Brandanschlag handelt. Es ist damit auch nicht mehr auszuschließen, daß ganz gezielt ein wichtiger Teil unserer politischen Infrastruktur getroffen werden sollte. Wir können dazu aber noch nichts Endgültiges sagen.
Unabhängig von der Brandursache steht für uns fest, daß das Projekt Rote Flora als selbstverwaltetes Stadtteilkulturzentrum und als Teil der linken Gegenöffentlichkeit weiterbestehen muß.
Nachdem wir nach 6 Jahren gegen die Widerstände der politisch Verantwortlichen in Hamburg und vielen schwierigen und z.T. harten Auseinandersetzungen unter uns, immer noch ein funktionierendes, linkes Stadtteilzentrum betreiben, gibt es für uns gerade jetzt keinen Grund aufzugeben. Obwohl es in den letzten Jahren auch viel Kritik und Widersprüche zur Roten Flora gegeben hat, hat die Solidarität der letzten 2 Tage gezeigt, wie wichtig die Flora für die politische und kulturelle Struktur in Hamburg und darüber hinaus ist.
Da z.Zt die Solidaritätswoche zu den Gefangenen und Gesuchten vom 13.6. stattfindet und 3 Gefangene im Abschiebeknast Glasmoor im Hungerstreik sind, fehlen uns die Räume und Strukturen der Flora, an allen Ecken und Enden.
Gerade weil es in den letzten Jahren viele Diskussionen über unsere internen Strukturen und Hierarchien gegeben hat, ist es in dieser schwierigen Zeit wichtig, nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, sondern gemeinsam und solidarisch für den Fortbestand der Flora zu streiten. Nachdem die seit 1989 andauernde Besetzung der Flora in den letzten Jahren vom Hamburger Senat geduldet wurde, hat das Feuer die rechtliche und politische Grundlage der Flora in die Schlagzeilen gerückt. Es ist noch offen, ob die politisch Verantwortlichen die neue Situation nutzen wollen, jetzt "das Problem" Rote Flora durch einen Abriß oder eine Sanierung nach ihren Konzepten, endgültig zu lösen. Da inzwischen mehrere Fachleute die Bausicherheit der Flora bestätigt haben, wäre ein Abriß eine politische Entscheidung.
Da wir inzwischen wissen, daß alle Entscheidungen über die Flora beim Senat liegen (sogar die Auszahlung der Versicherungsgelder), und wir von dort außer Hindernissen nix zu erwarten haben, nehmen wir die Sache weiter selber in die Hand.
Wir werden am Wochenende mit der Errichtung eines Notdaches beginnen und die Flora Stück für Stück wieder nutzbar machen.
Wir brauchen deshalb im Moment dringend Spenden.
Auch das Archiv wird trotz der völligen Zerstörung des Bestandes in der Flora weitermachen. Auch sie brauchen Spenden.
Außerdem fordern wir alle auf, ihre Privatsammlungen durchzuforsten und alles, was ihr an Flugis, Broschüren, Plakaten etc. der Vergangenheit entbehren, könnt dem Archiv zur Verfügung zu stellen.
Außerdem werden dringend Räume für die Übergangszeit gesucht.

Wenn ihr dirkt ans Archiv spenden wollt, gebt das Stichwort "Archiv" an.

Spendenkonto
Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg
BLZ : 20010020
Ktonr.: 29492/202

Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 4395413
Rote Flora Initiative 30.11.1995



Aufbau

RASSISTISCHER ALLTAG IM RHEIN-MAIN GEBIET

"Sofortige Auflösung des Internierungslagers am FLughafen!" - unter dieser Überschrift begründete die Gruppe "Keine Verbindung e.V." im Februar ihre Sabotierung der Glasfaserkabel, mit der für einen Tag am gesamten Flughafen ein kommunikationstechnisches Chaos ausgelöst wurde.

Mehrfach fanden in den letzten Monaten Kundgebungen im Flughafenterminal statt, von Flüchtlingsunterstützergruppen wie auch MigrantInnen selbstorganisiert, um gegen die Massenabschiebungen via Frankfurt zu protestieren.

Flüchtlinge wehren sich verzweifelt noch in der Abflughalle gegen ihre Deportation; Kola Bankole wurde von BGS und kollaborierendem Arzt auch deshalb umgebracht, weil er sich zuvor viermal erfolgreich seiner Abschiebung widersetzt hatte.

Internierungslager, Abschiebeknäste - wie jetzt auch in Offenbach - und Massendeportationen bilden die brutalen Spitzen des institutionalisierten Rassismus. Den Eisberg stellen unzählige Sondergesetze. Sie sind die Grundlage alltäglicher rassistischer Diskriminierungen, und sie prägen die Ausbeutungsbedingungen von legalen sowie illegalisierten MigrantInnen.

Am Beispiel des Arbeitsmarktes soll dies im folgenden verdeutlicht werden, denn gerade auch die Wachstumsregion Rhein-Main stützt sich auf ein rassistisch abgestuftes System von legaler und illegaler Beschäftigung.



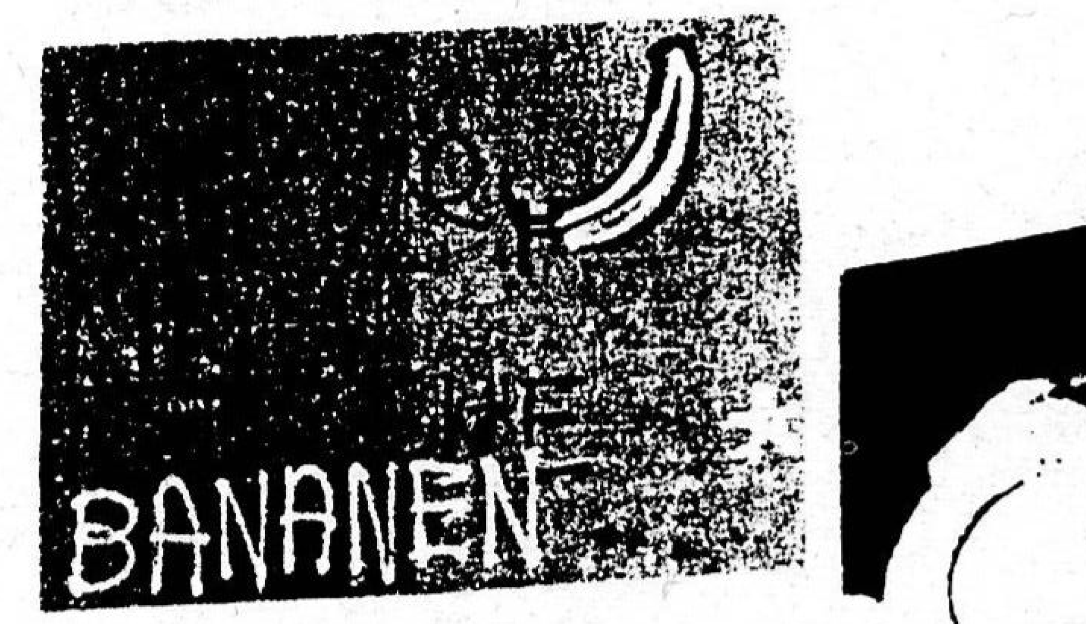
Brandanschlag auf künftiges Flughafen-Frachtzentrum

FRANKFURT (MAIN) (AP). Unbekannte haben in der Nacht zum Montag einen Brandanschlag auf die Baustelle für das neue Frachtzentrum des Frankfurter Flughafens verübt. Wie die Polizei mitteilte, fehlte von den Tätern noch jede Spur, doch würden sie im linksextremen Umfeld vermutet. Nach Angaben der Flughafen AG werden sich die Bauarbeiten für das Cargo-City-Süd nicht nennenswert verzögern.

Die Polizei schätzte den entstandenen Sachschaden auf etwa 500 000 Mark. Den Polizeiangaben zufolge durchschnitten die Täter gegen null Uhr den Drahtzaun und drangen auf das Gelände vor. Dort setzten sie einen baggerähnlichen Radlader in Brand, der den Angaben zufolge völlig ausbrannte. Das Feuer im Motorraum eines Baggers konnte die Flughafenfeuerwehr rechtzeitig löschen.

Entnommen aus einer Broschüre aus Rhein/Main

Schlechter bezahlt, mit Nachtschichten oder in Schmutzjobs, bei Opel, Höchst oder der Post: in vielen Großbetrieben schuften MigrantInnen seit Jahrzehnten und bis heute unter zumeist deutschen Vorarbeitern und Angestellten. Vielfach "unsichtbar" malochen sie in nächtlichen Putzkolonnen am Flughafen oder in Frankfurts Geschäftshochhäusern. Kaum ein Restaurant kommt ohne - im doppelten Sinne - "schwarze" Küchenhilfe aus, keine Weinlese oder Obsternte kann mehr ohne "ausländische" SaisonarbeiterInnen bewältigt werden. Billig, willig und exotisch sollen die Frauen sein, die im blühenden Frankfurter Prostituiertengeschäft arbeiten, und eine fehlende Aufenthaltserlaubnis bringt MigrantInnen in besondere Abhängigkeit zu Bordellbetreibern oder Zuhältern. Billig, jung und kräftig, möglichst noch mit entsprechenden Vorkenntnissen ausgestattet sollen die Männer sein, ohne die viele kleine oder mittlere Bauunternehmen auch im Rhein-Main Gebiet nicht mehr konkurrenzfähig wären.
An der Großmarkthalle an der Hanauer Landstraße hat sich mittlerweile ein Arbeitsstrich etabliert. Dutzende von vor allem osteuropäischen Tagelöhnern warten hier ab 4 Uhr morgens darauf, von einem Firmenbus aufgelesen zu werden.





Nicht selten wird dann diese illegale Billiglohnarbeit über Subunternehmen in die Großbaustellen von Hoch-Tief oder Philipp Holzmann, weitergeschleust, (z.B. Hat die Baufirma Ways & Freitag nicht einmal mehr eine Stammbelegschaft) die umso flexibler und kostensparender kalkulieren können.

Kein Terminal II, keine Autobahn wird heute ohne osteuropäische Schwarz- und/ oder Vertragsarbeiter gebaut, letztere haben z.B. beim Bau der A 66 Richtung Fulda ganz legal für 4,50 DM Stundenlohn ranklotzen müssen.

Flüchtlinge im Asylverfahren erhalten zwar nach 2-3 Monaten eine Arbeitserlaubnis. Diese ist allerdings wiederum auf ganz bestimmte Jobs beschränkt (auf den Bau, in Fast-Food-Ketten, bei Erntearbeiten...) und eine zusätzlich Diskriminierung wird ganz offen und amtlich formuliert. Denn vor jeder Arbeitsaufnahme liegt eine mindestens 5-wöchige Prüfungsfrist, in der das Arbeitsamt versucht, für die freie Stelle einen - so wörtlich - "bevorrechtigten Arbeitnehmer" zu finden. Das sind - in zitierter Reihenfolge - "Deutsche, EG-Europäer und Ausländer mit Aufenthaltsberechtigung". Erst wenn über 5 Wochen niemand zu finden ist, kann ein Asylantragssteller diesen Job für 6 Monate bekommen. Danach muß ein neuer Antrag gestellt werden.

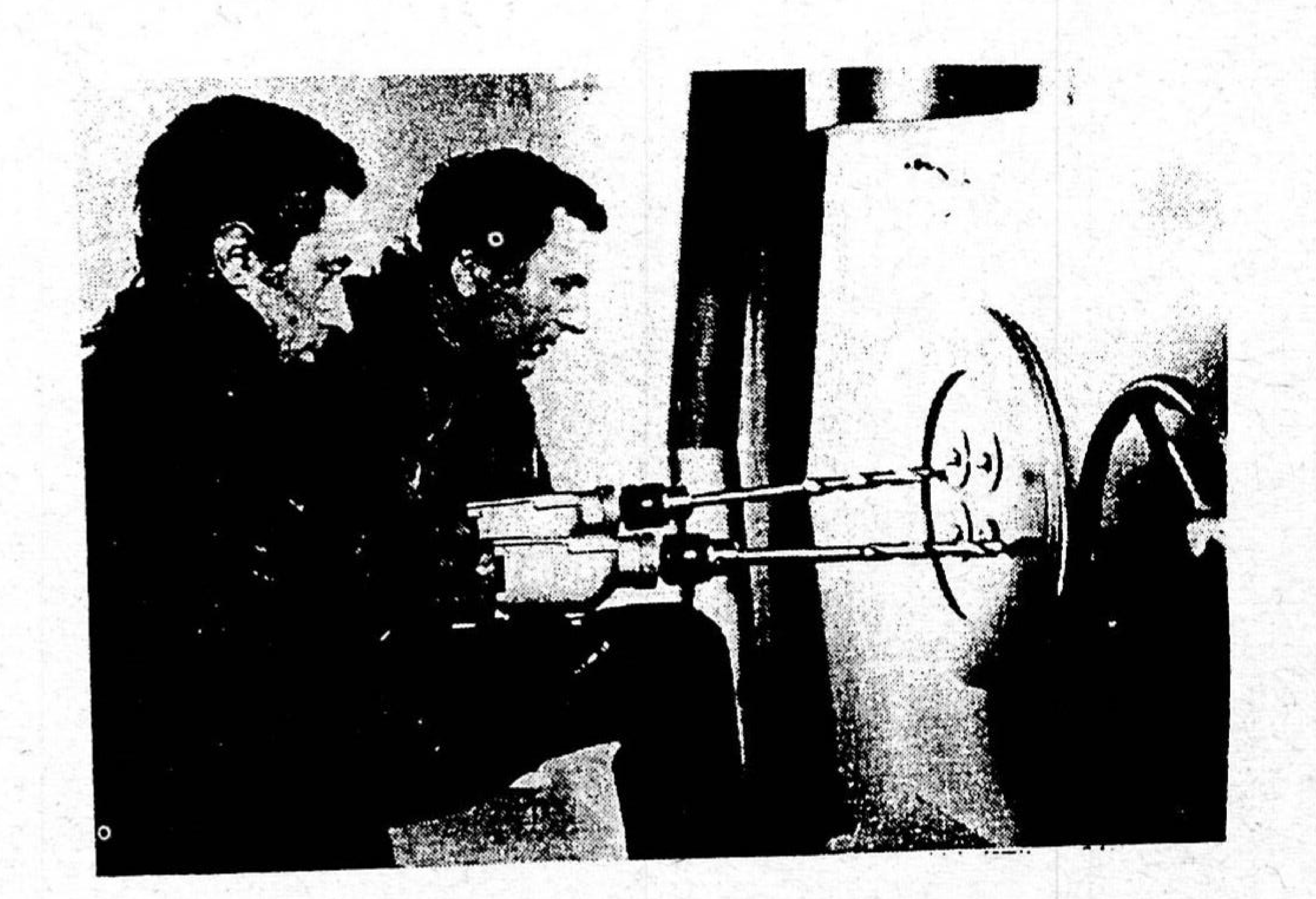
"Gemeinnützige Arbeit", Zwangsarbeit für 3 - 4 DM pro Stunde ist aus dem Sozialhilferecht bekannt und wird seit Jahren gegenüber deutschen wie auch nicht deutschen SozialhilfebezieherInnen angewendet. Mit der Einführung des sogenannten Asylbewerberleistungsgesetzes (das Flüchtlingen das sogenannte Existenzminimum noch weiter kürzt und ihnen Freßpakete aufzwingt) können Asylsuchende verpflichtet werden, für 2 DM pro Stunde auf kommunalen Bauhöfen, bei der Forst-, Park- oder Straßenreinigung zu arbeiten.

Insgesamt hat sich ein rassistisch hierarchisierter Arbeitsmarkt herausgebildet, an dessen unterem Ende sich Illegalisierte zu immer mieseren Bedingungen verkaufen müssen.

Die Lebensbedingungen vieler MigrantInnen gerade auch im Rhein-Main Gebiet und in der "Multi-Kulti-Stadt" Frankfurt, gleichen einem permanenten Belagerungszustand: Sondergesetze, Asylunrecht und Abschiebeterror, Kontrollen und Razzien in den Innenstädten, Schikanen auf den Ämtern, Mißhandlungen durch die Polizei. Diese institutionellen Formen der Unterdrückung kombinieren sich mit völkischer Hetze, mit einem breiten rassistischen Grundkonsens in der deutschen Gesellschaft, zu einer nicht selten tödlichen Gewalt.

Doch die MigrantInnen sind nicht nur Opfer, sie verweigern und sie wehren sich: vom heimlichen Untertauchen bis zum offenen Protest, von illegalen Aneignungsformen bis zur militanten Gegenwehr. Ihre Selbstorganisierungs- und Selbstverteidigungsstrukturen sind vielfältig.

Sich darauf zu beziehen, diese Kämpfe um bessere Lebensbedingungen zu unterstützen, die emanzipativen Tendenzen zu stärken, darin liegen wesentliche Anforderungen an eine Linke, die ihren antirassistischen Anspruch ernstnimmt.



Informations- und Diskussionsveranstaltung

Türkische Faschisten in der BRD

Ein Überblick über die Entwicklung der MHP-Organisationen in der BRD (bekannt z.B. als „Graue Wölfe")

Referent: F.B. (Autor bei der Zeitschrift „inisiyatif")

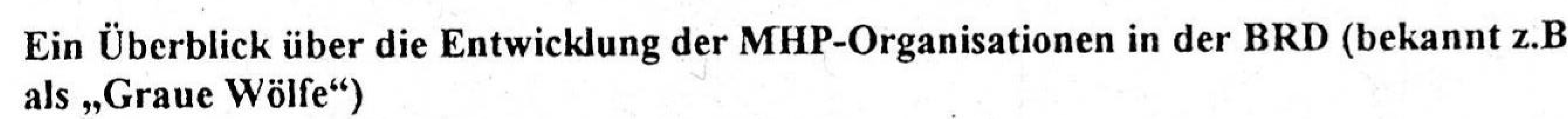
Veranstaltungsort: Ex/Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
Datum: 8. Dezember 1995, Zeit: 20.00 Uhr

Mit der Veranstaltung wollen wir über die MHP (ihre Jugendorganisation Graue Wölfe) und ihr verstärktes Auftreten in der letzten Zeit informieren.

Die MHP ist eine faschistische Partei, die nach dem Vorbild der NSDAP und der SA gegründet worden ist. Ihr Ziel ist, ein großtürkisches Reich vom Balkan bis nach Zentralasien zu gründen. In der Türkei gewinnt die MHP in der heutigen politischen Situation an großer Bedeutung. Sie propagieren u.a. im kurdischen Konflikt einen offenen militärischen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung. Bei den letzten Kommunal- und Parlamentswahlen konnten sie große Erfolge verbuchen, und sitzen somit auch in den Parlamenten. Damit haben sie sich die Möglichkeit geschaffen, ein Koalitionspartner in der Regierung zu werden.

Auch in Deutschland versucht die MHP unter den hier lebenden Türken eine antikurdische Stimmung zu verbreiten. Unterstützt wird sie dabei von der aktuellen Kriminalisierung der kurdischen Vereine durch die Bundesregierung. Zunehmend versuchen die Grauen Wölfe die spontanen Autokonvois nach gewonnenen Fußballspielen der türkischen Nationalmannschaft zu dominieren. Dabei kommt es häufig zu Angriffen gegen türkische/kurdische Linke.

Wir sehen es als eine Notwendigkeit sich über die MHP zu informieren und nach politischen Möglichkeiten gegen sie zu suchen.



VeranstalterInnen: Berliner AntifaschistInnen

marotzke da kotzt de

am 23.11.95 haben wir einen transporter der malerfirma marotzke (hauptsitz: flughafenstr.60,neukölln) in der kiefholzstr. in flammen aufgehen lassen.
marotzke hat am bau des abschiebeknastes in grünau gut verdient.
kampf allen profiteuren von abschiebung!!!!
solidarität mitden hungerstreikenden abschiebehäftlingen in der kruppstr.,den eingeknasteten,den abgetauchten und allen kämpfenden genossen!!!!!

am 18.11.1995 ist es in boblas bei naumburg, durch beherzte antifaschistinnen zu einem angriff auf die dort örtlich und bundesweit agierende **anti - antifa ortsgruppe naumburg** gekommen.
von dort gehen bedrohungen und beschimpfungen gegen die verschiedensten menschen und gruppen aus, welche sich aktiv gegen den faschistischen terror zur wehr setzten und sich nicht durch staatsterror einschüchtern lassen.
das haus, welches derzeit nicht mehr kommunikationsfähig, teilweise entglast und nicht bewohnbar ist, wird als führungspunkt durch die bekannten faschisten **michael petri** und **illias casteas** genutzt. von dort aus treiben diese faschisten und ihre schergen ihr unwesen.

zerschlagt die faschistischen strukturn.
kein fußbreit den faschisten.
niemand und nichts ist vergessen.
greift die anti - antifa an.

die beherzten

Demo • Sa., 9. 12. 1995 • 14 Uhr • Rathenow (Bahnhof)

Mitfahrgelegenheit zur Demo

Preis: 8DM
Treffpunkt: an der Volksbühne Rosa Luxemburg Platz
Kartenverkauf: Buchhandlung Schwarze Risse Gneisenaustr.2a ab Montag den 27. Nov. Mo-Fr 10-18Uhr

Antifaschistische Aktion/Berlin Nachladen Waldemarstr.36 ab Mittwoch den 29.Nov. Mo, Mi, Fr, 16-20Uhr

Die Vernichtung des Faschismus bleibt unser Ziel

Demo am 8. Mai 1993 in Ratheno

Am 9. Dezember findet in Rathenow eine Demo gegen die Nazipartei „Die Nationalen" statt.
In den letzten Monaten sind viele faschistische Organisationen von staatlichen Stellen verboten worden, doch das Problem ist dadurch nicht aus der Welt zu schaffen. Die Neonazis nämlich organisieren sich einfach unter einem anderen Namen neu oder treten in bestehende Parteien ein. So wurden auch „Die Nationalen" zum Sammelbecken für Faschisten, die mit dieser Partei weiterhin ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten.
Zwar geben sie sich nach außen sehr demokratisch, doch sind sie für den rassistischen Terror direkt verantwortlich und an ihm beteiligt. „Die Nationalen" versuchen zum Beispiel mit der „Volksinitiative gegen Asylantenzustrom" Druck auf die Brandenburger Landesregierung auszuüben, damit Flüchtlinge noch schneller und brutaler als sowieso schon abgeschoben werden. Ihre Aktivisten sind auch dabei, wenn auf der Straße Menschen, die nicht in ihr dumpfes Weltbild passen, zusammengeschlagen oder ermordet werden.
Einer der Schwerpunkte der „Nationalen" ist die Region Berlin-Brandenburg. Hier sind sie in vielen Städten präsent, auch in Rathenow versuchen sie mit Flugblättern neue Anhänger zu gewinnen.

Uns reichts und wir haben keine Lust, noch länger zuzuschauen! Der einzige Weg ist, selbst aktiv gegen den braunen Mob vorzugehen.

Denn wir erwarten nichts von Politikern, die Naziparteien nur verbieten, um die Bevölkerung zu beruhigen und den angeschlagenen Ruf Deutschlands in der Weltöffentlichkeit aufzupolieren, während sie gleichzeitig das Asylrecht faktisch abschaffen. Die sogenannten Volksvertreter setzen die Interessen der Wirtschaftsbosse durch, die die Länder der „Dritten Welt" ausbeuten und deshalb auch mitverantwortlich sind, wenn Menschen aus ihrer Heimat vor Hunger und Kriegen flüchten müssen. Und in Deutschland werden die Grenzen dichtgemacht, um den hier herrschenden Wohlstand aufrechtzuerhalten.Die Propaganda der Nazis beinhaltet in verschärfter Form oft nichts anderes, als das, was das System am Laufen hält: „Ausländer raus", „Nach oben buckeln und nach unten treten" , „Frauen an den Herd" ...

Als Antifas wollen wir deshalb auch nicht bei den Faschisten haltmachen, wir wollen eine grundsätzliche Veränderung. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt leben können. Für eine Gesellschaft, in der nicht jeder gegen jeden kämpft, in der Ausbeutung und Unterdrückung ein für alle mal beendet sind.
Der Widerstand gegen organisierte Faschisten wie „Die Nationalen" ist dabei ein wichtiger Schritt.
Machen wir den Nazis klar, daß sie sich verpissen sollen.
Auf der Straße, im Jugendclub und am
9. Dezember in Rathenow.

Antifa heißt Angriff!



AUFRUFERINNEN:
Antifa Rathenow, Antifaschistische Aktion Berlin (organisiert in der AA/BO), Antifa Jugend Brandenburg, Antifa Guben, Antifa Luckenwalde, Antifa Nauen/Ketzin, Antifa Neuripppin, Antifa Potsdam, Antifa Pritzwalk, PDS Kreis Havelland

VORSICHT FASCHIST!

Organisierter Neo-Faschist studiert am Fachbereich Jura der FU Berlin !

Der sich im 13. Semester des Jura-Studiengangs an der FU befindende und sich als Faschist offen zu erkennen gebende Ulli Boldt, absolviert allem Anschein nach in diesem Semester sein erstes Staatsexamen. Boldt kann auf diverse Funktionen im neo-faschistischen Spektrum verweisen. Er war Mitglied der im November '92 verbotenen „Nationalistischen Front" (NF) und gehört heute zum Führungskreis der NF-Nachfolgestruktur „Die Gemeinschaft" (Schönborn-Flügel). Den Vorsitz der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V." (BKP), die sich als regelmäßige Anmelderin der (versuchten) Naziaufmärsche in Halbe zum Volkstrauertag auszeichnet, hat er seit Januar '94 inne. Seine Tätigkeit im „Studienzentrum Weikersheim e.V.", in dem er für den Jugendbereich zuständig war, mußte er aufgeben. Bei diesem „Studienzentrum" handelt es sich um eine vom ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Hans-Karl Filbinger gegründete Einrichtung, die eine Brückenkopffunktion zwischen Konservativismus und Neofaschismus erfüllt. Zudem ist er Betreiber des Berliner „Nationalen Infotelefons" (NIT), welches sich in der Wohnung des 29-jährigen Zehlendorfers befindet (Paul-Krause Str. 1a, 14129 Berlin).

ULLI BOLDT

Zur NF und Nachfolgeorganisationen

Die 1985 gegündete NF ist aus dem Zusammenschluß der „Nationalen Front" und des „Bundes Sozialrevolutionärer Sozialisten" sowie Funktionären anderer neo-nazistischer Parteien und Gruppierungen (u.a. NPD) hervorgegangen. Die ehemals in der HIAG („Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen SS-Angehörigen"), einem Sammelbecken für Altnazis verschiedener SS-Verbände, Organisierten, sahen in der NF ihre legitimen Nachfolger. 1988 kam es zur „Schwertübergabe" zwischen Angehörigen beider Organisationen. Mit der Spaltung der als Kaderorganisation konzipierten NF im August '92 gruppierte sich der größte Teil der Mitglieder um Andreas Pohl, den Konkurrenten des NF-Chefs Meinolf Schönborns. Der Grund für den zeitweiligen Bruch lag in unterschiedlichen taktischen Einschätzungen hinsichtlich eines eher offenen Auftretens (Schönborn) bzw. der Fortsetzung des Aufbaus eines konspirativen und zentral geleiteten „Zellensystems" und der langfristigen Kaderaufzucht (Pohl). Der Pohl-Flügel nannte sich fortan „Sozialrevolutionäre Arbeiterfront" (SrA), die sich wie die alte NF als Kaderorganisation verstand und baute gleichzeitig Vorfeld-Strukturen auf („Förderwerk Mitteldeutsche Jugend [FMJ]", welches später in „Direkt Aktion Mitteldeutschland / [JF]" umbenannt wurde). Schönborn stützte sich weiterhin auf den Restbestand der NF.

Sowohl die lange Vorankündigungszeit der Verbotsverfügung durch das BRD-Innenministerium im November '92, als auch die bereits vorher abgeschlossene parteiinterne Umstrukturierung ermöglichten eine unbeschadete Fortexistens der NF-Nachfolgeorganisationen. Daß die parteiinterne Spaltung der NF, wenn es überhaupt einen tiefgreifenden organisatorischen Bruch gegeben hat, nur von kurzer Dauer war, belegen Parteimaterialien, wonach der Schönborn-Flügel, der unter dem Etikett „Die Gemeinschaft" firmiert, mit dem Pohl-Flügel strukturell und personell eng verflochten ist.

Ideologisch schöpfen die NF-Nachfolgeorganisationen aus einem diffusen „nationalrevolutionären" und „befreiungsnationalistischen" Konglomerat, das „strasseristische" Positionen, die auf den von den Gebrüdern Strasser vertretenen SA-Flügel der NSDAP zurückgehen, sowie das elitäre Verständnis der Waffen-SS beinhaltet. Dabei wird unter anderem auf folgende ideologische Versatzstücke zurückgegriffen:

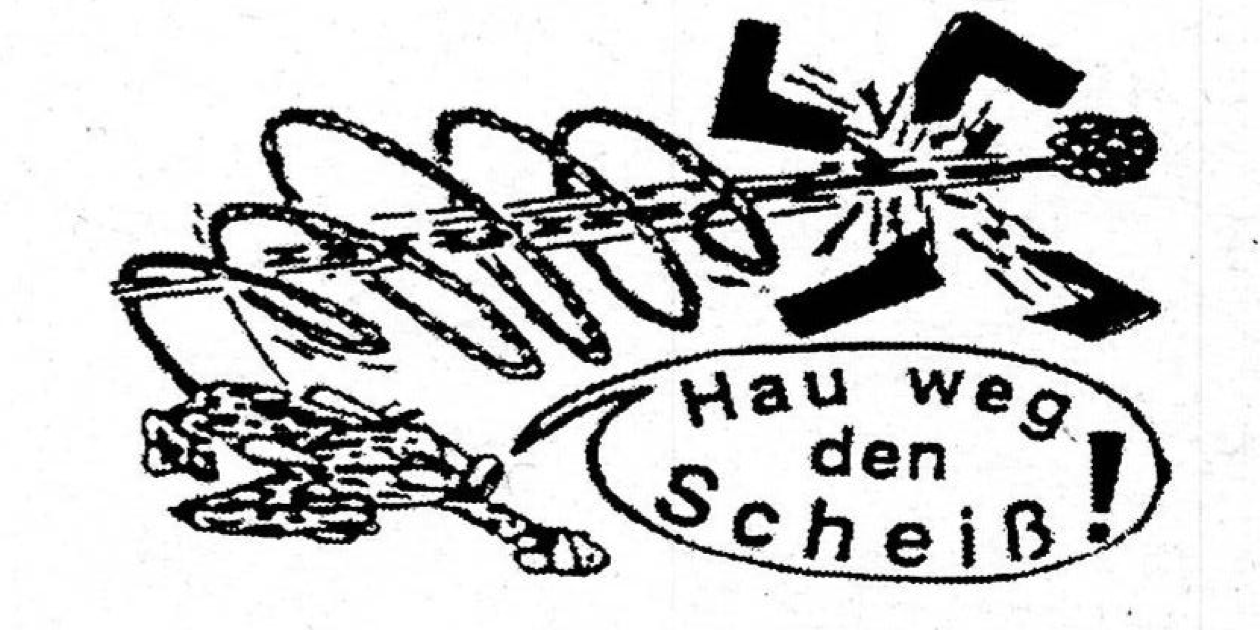
- auf ein rassistisch, biologistisches Weltbild, das durchaus durch kulturalistische/ ethnozentristische Argumentationsschablonen ergänzt wird, wonach der unaufhebbare Gegensatz zwischen den „Völkern" aus jeweils verschiedenen „kulturellen Identitäten" abgeleitet wird;
- auf geschichtsrevionistische und revanchistische Konstrukte, die die nazistische Kriegsschuld umdeuten und die Shoah in ihrem Ausmaß verharmlosen bzw. komplett leugnen;
- auf eine „volkssozialistische" und „antikapitalistische" Rhetorik, wonach das Ziel eines originären deutschen volksgemeinschaftlichen Sozialismus phantasiert wird und gegen ein imaginiertes „weltbeherrschendes jüdisches Finanzkapital" agitiert wird.

Zur „Deutschen Kulturgemeinschaft" (DKG)/ "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen" (BKP)

Die DKG wurde Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre als Abspaltung des 1950 geschaffenen „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes" (DKEG) gegründet. Im Jahre 1991 wurde die DKG in BKP umbenannt. Als parteiübergeordnete und spektrenübergreifende Einrichtung übernimmt sie innerhalb des gesamten rechtsextremen Lagers eine wichtige Kommunikationsfunktion und wirkt auf dieses integrativ. Entsprechend sind die Mitglieder aus sämtlichen neo-faschistischen Organisationen rekrutiert, die Kontakte der BKP erstrecken sich weit in konservative Kreise hinein. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Organisierung von Eliteschulungen von Nazi-Kadern.

Öffentlichkeit erlangte die BKP vor allem durch ihre Funktion als Anmelderin des jährlich angesetzten „Heldengedenktages" im brandenburgischen Halbe, bei der der dort in einer „Kesselschlacht" im 2. Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten gedacht werden soll.

Sollte Boldt seinen Jura-Studiengang erfolgreich beenden, würde er sich in die Riege faschistischer JuristInnen wie Jürgen Rieger und Carsten Pagel (ebenso Absolvent der FU) einreihen. Dies gilt es zu verhindern!



FU - KEINE AUSBILDUNGSSTÄTTE FÜR KÜNFTIGE NAZIJURISTEN !

V.i.S.d.P.: Jan Gallasch, Zum Heckeshorn 2, 14109 Berlin

Anti-Antifa!

Aus der Post...

Sven Ruda
Brunnenstraße 141
10119 Berlin

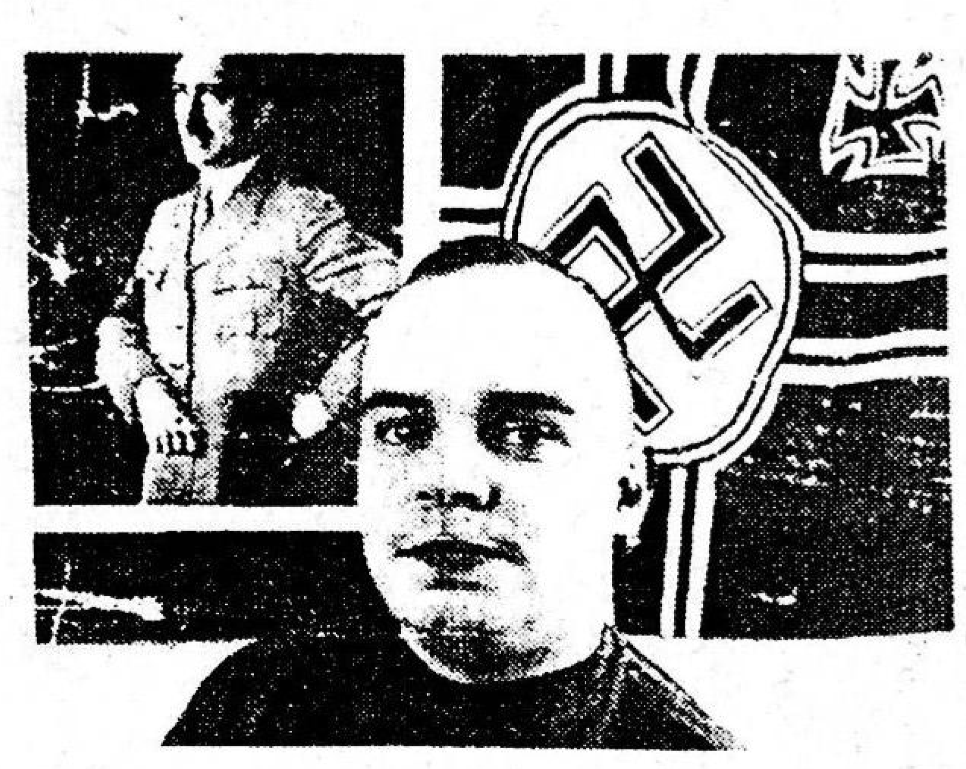
Ausgewählter Rundbrief an Führungskameraden der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland und in der Ostmark!

Liebe Kameraden,

ich bitte euch vorab, den Inhalt dieses Schreibens vertraulich zu behandeln und das Blatt unverzüglich nach Kenntnisnahme zu vernichten.
Ich habe während meines Prozesses sowie in individuellen Gesprächen mit Kameraden meinen Rückzug aus der NS-Szene erklärt sowie meine Abschwörung von den Thesen des Nationalsozialismus.
Wer mich wirklich kennt - und das sind nur wenige Kameraden - der weiß, daß hinter dieser plötzlichen Kehrtwende, die ich öffentlich bekundete, etwas ganz anderes steht. Ich bin Mitte 1993 nach eingehenden Gesprächen mit der Führung der NL darüber eingekommen, daß ich mich verstärkt um die Anti-Antifa-Arbeit in Mitteldeutschland, insbesondere in Brandenburg kümmern werde. Ich genieße nach wie vor Rückendeckung von verschiedenen Führungskameraden der Bewegung. Leider ist man aber durch die uneinheitliche Strukturierung der AA-Gruppen, sowie die Auseinandersetzung mancher Führungspersonen untereinander, scheinbar unfähig, sich kanalisiert zu parteiübergreifenden Arbeiten zusammenzufinden. Ich möchte euch jedoch bitten, mir für meinen zukünftigen Weg, den ich für die NS-Bewegung gehe, Eure Unterstützung im Rahmen Eurer Möglichkeiten zu geben. Ich erwarte vor allem, daß man insbesondere seine untergebenen Kameraden auffordert mich nicht körperlich anzugreifen. Nach unten sollte sich weiterhin die "Aussteigerthese" durchsetzen. Mein Ziel ist es nach ca. einem Jahr gezielt in die linke Szene in Mitteldeutschland einzutauchen und somit an Insiderinformationen heranzukommen. Das Ergebnis wird wohl allen Kameraden - gleich welcher Organisation - hilfreich sein. Deshalb bitte ich um Eure Unterstützung. D.h. aber auch, daß Ihr mich bei eventuellen gemeinsamen Treffen als Linken diffamiert, um den Eindruck bei meinen "neuen Kameraden" der Echtheit zu erwecken. Ich arbeite z.Zt. an einer LEGALEN Anti- Antifazeitschrift, für die ich noch Informationen benötige. Zusendungen können aber auch weiterhin an Andre gerichtet werden. Bitte der Vermerk dabei, ob die Objekte nochmals geprüft werden müssen oder nicht. Ich bitte nochmals darum mich in diesem Fall zu unterstützen, um eine neue Dimension der feindlichen Abwehr, durch antikommunistischen Zersetzungspraktiken zu erlangen. In diesem Sinne verbleibe ich im voraus dankend.

Sven Ruda

Alles für Deutschland.



***Sven Ruda** kommt aus der Nationalen Alternative und war an deren Weg in die Bedeutungslosigkeit beteiligt. Dann gründete er den Kameradschaftsbund Deutschland in Frankfurt/Oder. 1993 wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren nach §129a geführt (das später eingestellt wurde), da er an einer Wehrsportgruppe beteiligt gewesen sein soll.*

1994 wurde er zu einer Haftstrafe von über einem Jahr wegen Schändung des jüdischen Friedhofs in Müncheberg (Brandenburg.) verurteilt. Das Urteil wurde jedoch am 1.2.95 wegen eines Formfehlers aufgehoben und muß neu verhandelt werden. Am 7.2.95 wurde der selbstherrliche Nazi wegen Propagandadelikten zu einem Jahr und vier Monaten verurteilt. Ob er im Knast sitzt ist unklar. Der Brief ist offensichtlich älteren Datums und die Adresse im Briefkopf nicht mehr aktuell.

Frauen in der Anti-Antifa

Der Einsatz von Frauen in der Anti-Antifa ist nichts Neues. Bereits 1992 wurde von Ursula Worch in Hamburg ein Treffen initiiert, bei dem u.a. auch Inger Preßmar anwesend war, auf dem über die Möglichkeiten von Frauen in der Anti-Antifa beratschlagt wurde. Schriftliche Dokumente oder Strategiepapiere über Frauen/von Frauen gibt es unseres Wissens nicht. Doch rechte Frauen beteiligen sich, meist im Hintergrund, als Fotografinnen auf Antifa-Demos, als aktive Unterstützerin durch Verschicken der Einblick-Broschüre oder direkt, durch Ausspionieren linker Zusammenhänge. Seit 1990 sind fünf Fälle bekannt geworden, in denen Funktionärinnen neonazistischer Gruppen mit unterschiedlichen Mitteln versucht haben, in der antifaschistischen Szene Fuß zu fassen, um an Namen, Daten und Strukturen von Antifas zu gelangen.

Fall 1:

KERSTIN MUTSCHALL nahm im November 1989 Kontakt auf zu BesetzerInnen des Sprengelgeländes in Hannover, auf dem zu der Zeit ca. 100 Leute lebten. Sie nahm an Kundgebungen und Plena teil und sammelte Flugblätter verschiedener Gruppen. Bei einem öffentlichen Plenum fiel sie durch ihre aktionistischen Vorschläge zur militanten Verteidigung des Geländes auf. Mehrfach versuchte sie sich überregional als Vertreterin der BesetzerInnen zu legitimieren. Einigen wenigen Vertrauenspersonen erzählte sich bald von früheren Kontakten zur FAP, anderen sagte sie, sie käme aus Antifa-Zusammenhängen und sie sprach von Anwerbeversuchen des Verfassungsschutzes. Daraufhin stellten BesetzerInnen Nachforschungen an (siehe Kasten). In eher unfreiwilligen Gesprächen mit ihnen begründete sie ihren Ausstieg mit »schlechter Organisation« und »Saufgelagen«, ihren Wechsel ins andere politische Lager mit Angst vor Repression. Ihre politische Motivation machte sie an »schwarzen, einheitlichen Klamotten«, »Militanz« und »Gegen den Staat kämpfen« fest. Sie hat sich nicht von ihren Aktivitäten distanziert, stellte sich und ihre Arbeit nicht in Frage. Aufgrund der unklaren Situation - U-Boot der FAP oder V-Frau des Verfassungsschutzes - wurde sie aufgefordert, das Gelände zu verlassen. Über spätere Aktivitäten ist nichts bekanntgeworden.

Kerstin Mutschall

Geboren 1968. Mit 17 FAP-Mitglied. Wohnte mit Michael Swierzeck (damaliger „Bereichsleiter Süd") in München. Mit 19 zieht sie zu ihrem Freund Oliver Bode, FAP-Kreisvorsitzender, nach Hildesheim. Schriftführerin des „Mädelbriefes", nach Gründung der „Deutschen Frauenschaft" Hildesheim deren Vorsitzende. Mitglied im KAH. Teilnehmerin an überregionalen Treffen und Schulungen, Auftritte bei öffentlichen FAP-Kundgebungen und Gegendemonstrationen.
Im Februar 1988 Beteiligung an der Schändung der jüdischen Synagoge in Hildesheim, Ende 88 Mitwirkung an mehreren Überfällen u.a. auf Punks. September 89 Verurteilung zu 2000 DM Strafe wegen der Schändung. Während des Verfahrens selbstbewußtes, offensives Auftreten und Einschüchterung jüngerer FAP-Mitglieder, die gegen sie aussagen wollten.
Die Hannoversche Allgemeinen Zeitung berichtet von 22 weiteren anhängigen Ermittlungsverfahren. Anfang 89 angeblicher Austritt aus der FAP wegen der anstehenden Verfahren. Trotzdem sprüht sie zum 20. April 89 Faschosprüche.

Fall 2:

1993 versuchte FALCO SCHÜßLER, INGER PREßMAR in die Antifaschistische Szene einzuschleusen. Mitte Januar 1993 bot sie sich verschiedenen Infotelefonen als Informantin über ein angebliches Treffen des Deutschen Freundeskreises (jetzt Frankenrat) an. Sie schlug vor an diesem Tag die Wohnung von Schüßler (damals noch in Großostheim) zu blockieren. Antifas war die Geschichte jedoch zu undurchsichtig, die einzige, die am Treffpunkt auftauchte, war Preßmar (s. Antifa-Info Nr. 22, S.36).

Bei einer Kontaktaufnahme mit Antifas aus Frankfurt gab sie sich als ausstiegswilliges Mitglied der FAP aus und bat um Kontakte und Hilfe, da sie gefährdet sei durch »Racheakte ehemaliger Kameraden«. Zudem bot sie sich als Informantin an.

Am 30.1.1993 tauchte sie auf der Antifa-Demo gegen den FAP-Landesparteitag in Aschaffenburg auf. Wiederholt bat sie um Kontakte und Schutz. Sie war sehr unsicher, mied Augenkontakt. Durch ihr leises, unsicheres Auftreten erweckte sie Mitleid und Glaubwürdigkeit. Trotzdem versuchte sie, die Kundgebungsrede auf Tonband mitzuschneiden. Ihr wurde nahegelegt die Demo zu verlassen und marschierte daraufhin mit zwei Begleitern zum FAP-Parteitagsausklang in eine Gaststätte.

Am 16.2.1995 tauchte sie zusammen mit einem Punk aus Hamburg in Hanau auf. Nachdem sie erkannt wurde, behauptete sie, in der Hamburger Szene aktiv zu sein.

Im April erschien ein Artikel über Preßmars angeblichen Ausstieg im Zeigeistmagazin Tempo. Am 17.4.1992 nahm sie an



Inger Preßmar

Geboren 1971. Mit 17 Jahren Mitglied beim Kader- und Theoriezirkel „Frankfurter Freundeskreis Germania" (Nachfolgeorganisation der 1983 verbotenen ANS/NA). Jahrelang Mitglied des Führungskaders der GdNF in Frankfurt/Langen und des Führungskreises der Deutschen Frauenfront (damals unter Ursula Müller). 1987 Mitbewohnerin von Wolfgang Hess (ihr Verlobter) und von Kühnen im „Höllenhaus" in Frankfurt. 1989 mit Kind Teilnehmerin am Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel.
Am 17.10.1992 tauchte sie bei der Gründung der „Nationalfreiheitlichen Alternative" in Reutlingen/Sondelfingen auf. Auf dem Treffen vermuteten die Faschisten, daß sich mindestens einE VerräterIn in ihren Reihen befände. Nach eigenen Angaben wurde Preßmar im Oktober 1992 aus der GdNF-Kameradschaft Frankfurt ausgeschlossen, dies könnte mit den vorgenannten Spekulationen zusammenhängen. Danach enger Kontakt zu FAP-Funktionären in Hessen und Bayern und sehr engen Kontakt (Beziehung) zu deren Chef Falco Schüßler und somit zur Führung der Anti-Antifa in Franken.

wurde ihr ermöglicht durch den extrem oberflächlichen Umgang dieser Leute miteinander und ihre Funktionalisierung von Menschen. Manche von ihnen halten weiterhin zu ihr.

Da Ludwig ihre Ideologie offensiv vertrat, deutet alles darauf hin, daß ihr Sammeln von Informationen dazu dienen könnte, ein Einfallstor für »nationalrevolutionäre« Positionen zu finden.

Nach unbestätigten Meldungen ist Marion Ludwig inzwischen wieder zu Pohl gezogen. Ihre Anti-Antifa-Aktivitäten und ihre Kontakte hält sie nach wie vor aufrecht.

Dieselbe Masche...

Trotz der Unterschiedlichkeit der Fälle lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. Keine der fünf Frauen war eine Mitläuferin, keine war dem in der Linken verbreiteten Vorurteil entsprechend dumm und naiv und keine entsprach dem sogenannten faschistischen Frauenbild. Alle hatten ein jahrelang gefestigtes faschistisches Weltbild. Alle waren darauf aus, nach ihren Möglichkeiten Vertrauen zu mißbrauchen und zielstrebig soviel Informationen über Personen, Strukturen und Vorgehensweisen der autonomen antifaschistischen Szene zu sammeln, wie ihre Legende es zuließ.

Nun gibt es nicht nur rechte Frauen, die sich an linke Männer heranwagen. Doch bisher wurde es diesen Frauen zu leicht gemacht, mit einfachen psychologischen Tricks Informationen zu beschaffen.

Verschiedene Voraussetzungen machen es rechten Frauen leichter als rechten Männern einen Einstieg in die linke Szene zu finden. Zu Hilfe kommen ihnen dabei die diversen, patriarchal geprägten gesellschaftlichen Vorurteile sowie weitverbreitete Umgangsformen in der autonomen Szene:

▼ Rechte Frauen, die signalisieren, daß sie Hilfe und Schutz suchen, sprechen bei Männern das Gefühl an, sich als Held und Beschützer zu beweisen.

Die Aussteigergeschichte ist der beliebteste Ausgangspunkt, um Zugang zu antifaschistischen Strukturen zu finden. Mutschall, Preßmar und Ludwig erzählten das Märchen vom »Ausstieg« aus rechten Gruppierungen, in der Gewißheit, daß Linke in der Beziehung blauäugig, lieb und nachsichtig werden.

Zudem läßt es sich damit wunderbar spalten, es bilden sich Gruppen die »Für« oder »Wider« die »so nette Aussteigerin« eintreten, funktionierende Zusammenhänge trennen sich, gehen aufeinander los, die miesesten Konsequenzen waren in Berlin Bedrohungen und mehrere schwere Körperverletzungen gegen diejenigen, die an den Ausstieg nicht glauben wollten...

Bei keiner der Frauen war der Ausstieg bewiesen noch Bedingungen dafür erfüllt. EinemR AussteigerIn zu helfen, ohne die Legende zu hinterfragen, ohne in Strukturen eingebunden zu sein, die Unterstützung und Sicherheit gewährleisten, ist grob fahrlässig und fördert nichts als den persönlichen Stolz.

▼ Frauen sind in linken Strukturen, aufgrund sexistischer Verhaltensweisen, unterrepräsentiert. Gerade in der Antifa-Szene mit antisexistischem Anspruch und vergleichsweise geringem Frauen-Anteil, ist da jede Frau mit Engagement gern gesehen. So werden sie oftmals geschont, um sie nicht zu »verprellen«. Dieser nicht gleichberechtigte Umgang beinhaltet, daß Frauen nicht ernst genommen, nicht als potentielle Gefahr gesehen werden. Dies bezieht sich nicht nur auf rechte Frauen z.B. bei Demonstrationen, die selbst dann ignoriert werden, wenn sie mit Fotoapparat oder Aufnahmegerät herumlaufen wie im Falle von Preßmar.

Frauen wird nicht zugetraut, daß sie als eigenständige Personen politisch handlungsfähig sind. Doch alle Anti-Antifa-Aktivistinnen waren in ihrer Aufgabe eigenständig und zielstrebig, auch wenn sie Beziehungen zu Faschokadern hatten.

▼ Frauen gelten oftmals nur als »Freundin von«. So kommen sie leichter an Informationen und interessante Internas, da bei Gesprächen ja »nur« die Freundin eines bekannten Antifas daneben steht. Mit einem unbekannten Freund wird da schon vorsichtiger umgegangen.

»Freund/Freundin von...«, »Kontakte zu...«, »schon mal gesehen mit« waren/sind, wie bei Ludwig, Eintrittskarten in die antifaschistischen Zusammenhänge. Wenn die Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, uns nicht mehr interessieren als das Gesicht, das wir schon mal gesehen haben, hat dies nicht nur im Bereich Anti-Antifa katastrophale Auswirkungen.

▼ Rechte Frauen wurden lange Zeit als »Heimchen am Herd« unterschätzt und nicht wahrgenommen. U.a. Wunderlich hoffte, als bisher nicht bekannte Kaderfrau, unerkannt zu bleiben. Dies zeigt den Stellenwert antifaschistischer Frauen-Recherche.

▼ Frauen gelten als verständnisvoll und gefühlsbetont, sie sind als Seelentrösterin gern gesehen. So können rechte Frauen Männer gezielt in Gespräche verwickeln, und es fällt ihnen leicht Persönlichkeitsmuster und Zusammenhänge zu erforschen.

▼ Frauen gelten als dem Mann unterlegen. Rechte Frauen, die schüchtern und zurückhaltend zum »großen« Antifa-Experten aufblicken und von ihm Hilfe und Wissen erhoffen, stoßen nicht selten auf Erfolg. Der Mann erhält Bewunderung und Aufwertung.

▼ Der »Sprung« von Rechts nach Links und zurück ist nicht selten und nur möglich durch oberflächlichen, unverbindlichen Umgang. Dabei dienen die in der Linken erlangten Erkenntnisse oftmals als Eintrittskarte zurück nach Rechts. Schüßler versuchte als »Wandlerin« zwischen den Szenen Informationen zu beschaffen.

▼ Wunderlich versuchte, über offene Antifa-Arbeit den Einstieg in eine Arbeitsgruppe zu finden. Die antifaschistische Bewegung braucht offene Strukturen, die Interessierten einen Einstieg in politische Arbeit ermöglicht. Das Eindringen von Neonazis in solche Strukturen ist nicht ohne weiteres zu verhindern. Doch zur Mitarbeit in konkreten Arbeitsgruppen gehört nicht nur aus Sicherheitsgründen ein Vertrauensverhältnis, das nicht von heute auf morgen entsteht, eine politische Übereinstimmung, die sich erst durch längere Diskussionen erweist sowie praktische Erfahrungen in der kollektiven Arbeit.

▼ Der Versuch an Frauenzusammenhänge heranzukommen, funktioniert zum Teil über den noch immer verbreiteten »Solidaritätskomplex«. Rechte Frauen versuchen schon seit geraumer Zeit Überschneidungspunkte zur emanzipatorischen Frauenbewegung zu finden. Hierbei scheint manchen »linken« Frauen das Geschlecht als einziger Faktor allemal wichtiger zu sein als die Unterstützung eines emanzipatorischen Weltbildes. Emanzipation, im Sinne von Befreiung, schließt rechtsextreme, auf Ungleichheit beruhende Ideologien aus.

▼ Während sich die »Aussteigerinnen« Mutschall und Preßmar von ihren politischen Positionen distanzieren mußten, um Glaubwürdigkeit zu erlangen, machte Ludwig kein Hehl aus ihrer »nationalrevolutionären« Einstellung. Trotzdem diskutier(t)en sich selbst als links bezeichnende Männer weiter mit ihr, weil fortschrittliche Ideen fallengelassen wurden, der Kampf gegen etwas (den Staat) wichtiger scheint als für etwas (eine befreite Gesellschaft).

▼ Und, last but not least, spielt wie in jahrhundertealten Agentengeschichten auch Sex keine unwichtige Rolle. Die Frau mag merkwürdige politische Ansichten vertreten, aber im Bett...

Das Einfallstor für Spitzel generell ist die Oberflächlichkeit im Umgang, wo scheinbar »politisch korrekte« Umgangsformen, der äußere Eindruck und die passende Kleidung zusammenkommen mit Verbalradikalismus und blindem Aktionismus, wo der »Schein« wichtiger wird als das »Sein«. Antifaschistische Selbstorganisierung läßt sich nur umsetzen, wenn ein ehrlicher, verbindlicher Umgang miteinander, Kontinuität in der politischen Arbeit, eine inhaltliche Grundlage und die gemeinsame Praxis wichtiger werden als platte Äußerlichkeiten.

(Quellen u.a.: Der Rechte Rand Sonderheft März 1994; Flugblatt aus Hannover 20.1.1990) ■



Silke Wunderlich.
Funktionärin des „Nationalen Blocks“ (Vorfeldorganisation der GdNF, Juni 1993 verboten). Wohnt in Erlangen, studiert dort Jura. Aktiv in der Ortsgruppe Kronach. Eine der wenigen Frauen bei der ersten Anti-Antifa-Demo in Meschede sowie Teilnehmerin der Demonstration gegen den Zündel-Prozeß am 1.5.1993 in München.

der Antifa-Demo gegen das Nazizentrum von Ursula und Curt Müller in Mainz-Gonsenheim teil. Ihr Auftreten war wiederum unauffällig und unscheinbar. Ihr Outfit (lange, hennabraune Haare, Schlabberpulli, Palituch) unterstützte ihr Schauspiel der unauffälligen aber engagierten Friedens-, Frauen- oder Antifa-Aktivistin. So wurde sie auch erst spät im Frauenblock erkannt. Als es für sie knifflig wurde, lief sie schnurstracks auf das Gelände der Müllers, auf dem die Größen der NS-Szene versammelt waren.

Entgegen den Jahren 1987-90, wo sie bei gemeinsamen Auftritten mit der DFF oder der Hess-Clique selbstsicher und agil wirkte, erscheint sie heute eingeschüchtert und ausgelaugt. Bei Kontaktversuchen erzählte sie auch von ihrer Enttarnung und versuchte sich als »zu Unrecht Mißverstandene« darzustellen, die Hilfe zum Ausstieg sucht. Hierbei versuchte sie, Leute in Diskussionen zu verwickeln, um Strukturen, Arbeitsschwerpunkte und Persönlichkeitsmuster zu erfahren. Ihr Verhalten und Auftreten zielt bei männlichen Antifas auf ihr Ehrgefühl, Hilfsbereitschaft und Schutz. Bei Frauen appelliert sie an Frauensolidarität und Diskussionswille.

Obwohl Preßmar inzwischen psychisch »fertig« zu sein scheint, könnte sie, trotz ihrer Spezialisierung auf Anti-Antifa im Rhein-Main-Gebiet, aufgrund ihrer bundesweiten Kontakte auch weiterhin in anderen Antifa-Zusammenhängen auftauchen. Bei Kontaktaufnahmen mit ihr wurde immer auf die Gewährleistung der Sicherheit von Antifas und antifaschistischer Strukturen geachtet. Es ist deshalb weiterhin wichtig, sich von ihr nicht in Diskussionen verwickeln zu lassen.

Fall 3:

KARIN SCHÜßLER, Jahrgang 1972. Sie stammt aus einer traditionsreichen Familie; ihre Mutter Sigrid ist langjährige Kaderfrau der NPD in Aschaffenburg, Schüßlers Bruder Falco war bis zum Verbot FAP-Landesvorsitzender Bayern. Beide wuchsen in der WJ auf. Mit 17 trat sie scheinbar in Opposition zu ihrer Familie und suchte Anschluß an Punks. Hierbei knüpfte sie auch Kontakte zur linken Szene.

Wenig später wandte sie sich wieder der Neonaziszene zu und versuchte ihre Kontakte für Anti-Antifa-Arbeit zu nutzen. Sie fotografierte in einer Szenekneipe, was ihr endgültig Hausverbot bescherte. Nach unbestätigten Gerüchten soll sie in der FAP und der DFF aktiv gewesen sein. Kurz vor ihrer Hochzeit brach sie alle Kontakte zu Freundinnen und Freunden ab, die nicht fest in der rechten Szene eingebunden waren. 1993 heiratete sie Andreas Erk, einen FAP-Aktivisten, und zog mit ihm nach Kiel, um dort zu studieren. 1994 bekam sie ihr erstes Kind.

Karin Schüssler kennt sich aus in der alternativen Szene. Sie ist engagiert im Umweltschutz und kann sich, aufgrund ihres saloppen Äußeren unauffällig bewegen.

Fall 4:

SILKE WUNDERLICH versuchte Anfang 1993 im Auftrag von KAI DALEK Informationen über einen antifaschistischen Journalisten zu erhalten. Kurz nach dem Pogrom von Rostock stand sie vor der Tür des Antifaschistischen Bildungs-, Informations- und Dokumentationszentrums (Abidoz) in Nürnberg und sagte, sie wolle etwas tun gegen rechts, sie wolle in der Archivgruppe mitarbeiten. Sie war mehrmals während der Archivöffnungszeiten da, durchforstete das Material über militante Nazis und bat wiederholt um Aufnahme in die Archivgruppe. Ihr Interesse galt einerseits der Arbeit des Archives, wo das Material herkommt, wer es nutzt, welche Formen der Zusammenarbeit es gibt, andererseits den »Autonomen«, wie sie politisch tätig seien und wo sie zu finden wären.

Ihre schüchterne, zurückhaltende Art machte es schwer, tiefergehend mit ihr zu diskutieren. In zahlreichen Diskussionen über ihre politische Einstellung, unterstützte sie die vorherrschende Meinung. Auf ihre Interessen angesprochen war sie ausweichend und formulierte einen nachvollziehbaren Lebenslauf. Nach dem Verbot des »Nationalen Blockes« erschien sie nochmals und setzte sich, aufgrund ihrer juristischen Kenntnisse, sachkundig mit dem Wortlaut der Verbotsverfügung auseinander. Als ihre Legende zu wackeln begann, verschwand sie. Als MitarbeiterInnen des Abidoz sie als Fahnenträgerin des »Nationalen Blocks« auf der Titelseite des »Germania«-Rundbriefes entdeckten, war klar warum.

Fall 5:

MARION LUDWIG kam über ihre Zwillingsschwester in die Szene. Diese war bis 1988 Mitglied der NF und Lebensgefährtin von Schönborn. Nach drei Jahren in der rechten Hooliganszene lernte sie einen »linken« Skinhead kennen und zog 1992 nach Kreuzberg. Seitdem wohnte sie in mehreren WGs mit Leuten aus dem linken Spektrum zusammen. Januar 1995 zog Marion Ludwig zu ihrer Schwester und deren Freund und arbeitete sich in der Szene vor. Über die Beziehung zu einem bekannten Szene-Typen und ihre kumpelhafte, direkte Art auf Menschen zuzugehen knüpfte sie weitere Bekanntschaften, die von ihrer »Doppelrolle« keine Ahnung hatten. Schließlich trieb sie sich auch alleine in bekannten Szene-Kneipen und auf Antifa-Festen herum. Während der ganzen Zeit trifft sie sich weiter mit Pohl, der den »frustrierten Liebhaber« markiert.

Ihre Kontaktaufnahme zu dem Spektrum der sogenannten Linksradikalen



Marion Kausch-Ludwig
Seit Mitte 1980 Mitglied der NF. Erste Frau bei Lehrgängen im „Schulungshauptamt“ der NF in Bielefeld, militärische Ausbildung in Wehrsportlagern. Sie ist stolz darauf, die einzige Frau zu sein, die es so weit gebracht hat. Sie behauptet, Waffenlager der NF zu kennen, gibt diese aber nicht preis, weil das „Verrat“ wäre. Sie leugnet den Holocaust und äußert sich stark antisemistisch. Wurde angeblich 1988 aus der NF rausgeschmissen, nach Dokumenten aber bis 1992 weiterhin Kader. (siehe auch Antifa-Infoblatt Nr. 30, S. 28f). Marion Ludwig ist langjährige Lebensgefährtin von ANDREAS POHL.

Was geht ab, in der Potse?

Vor ca. einem Jahr wurde von einem Frauenzusammenhang, bestehend aus mehreren Frauen, die regelmäßig in der Potse sind, dort ein Plakat aufgehangen, dieses war vorher auf dem Potse-plenum abgesprochen. Es stand der gleiche Text wie im Clash drauf (ungefähr:Typen fliegen hier raus, wenn sich Frauen auf Grund ihrer Anwesenheit nicht wohlfühlen oder gar nicht mehr kommen wollen, wenn Typen Frauen blöde anstarren oder sie blöde anquatschen,... Selbstver-ständlich lassen wir Frauen uns auch nicht angrabbeln.). Fast zeitgleich brachte eine Frau auf dem Plenum ein, daß zwei DJs u.a. frauen- und schwulenfeindliche Mucke spielen. Es wurde beschlossen, daß das ziemlich scheiße ist, und die DJs aufs Plenum kommen sollten, was aller- dings nicht passierte. Die DJs legten trotzdem weiterhin auf, weil das Potseplenum im Sande verlief.
Tja, vor ca. zweieinhalb Monaten wurde das damalige Plakat mit der beschrifteten Seite nach innen an die Wand gekleistert, dieses haben Frauen eindeutig als Angriff auf sich bezeichnet.
Eine Frau die damals auf dem Potseplenum gewesen ist, interviewte daraufhin den einzigen übrig gebliebenen "Organisator" (er kommt aus keinem politischen Gruppe und organisiert nur Techniks). Er antwortete, es wäre einer der DJs gewesen, die am Freitag in der Potse auflegen und packte noch eins drauf , als er meinte das Plakat wäre sowieso blöd gewesen und verham-lost sexuelle Übergriffe, wir können das Plakat ja kürzer nochmal schreiben! Die Woche dannach wurde auf dem Potseplenum nach drängen von einigen Leuten (viele verhielten sich dazu nur schleppend) beschlossen, daß der DJ rausfliegt, wenn er erstens das Plakat nicht neu schreibt und zweitens sich keine entsprechenden Gedanken macht, die auch nachvollziehbar sind. So flog der DJ dann auch raus, da er mit Männerstolz sagte, er war das mit dem Plakat wohl gewe-sen, aber unsere Forderungen sieht er als Erpressung an. Der jemand ("Organisator") war auch da, obwohl er auf dem Plenum zuvor dabei war und kein Mucks gegen den Beschluß gesagt hatte, nahm er nun den DJ in Schutz. In der Zwischenzeit fiel einem Menschen auf, daß es sich um die beiden im ersten Absatz erwähnten DJs handelte und auch der andere DJ wurde aufge-fordert sich zur Aufklärung zum nächsten Plenum zu begeben. Auf dem nächsten Plenum wurde dann dreieinhalb Stunden über das Plakat diskutiert, am Ende des Ganzen tauchte ein Fremder Typ auf, der erklärte : Er könne überhaupt nicht verstehen, wieso "Organisator" einfach still da-sitzt und nicht mal sagt, daß er das Plakat andersherum an die Wand angekleistert hat!! Also hatte uns dieser Orga-jemand sechs einhalb Wochen verarscht!
Die Woche drauf hat er es selbst nach Aufforderung nicht geschafft , zu dem Ganzen Mißt, außer "wir haben es in diesen Räumen nicht nötig", Stellung zu beziehen, es tauchte wieder ein fremder völlig bescheuerter Typ auf, hinter dem sich "Organisator" versteckte. Es reichte den beiden misteriöser Weise nicht aus, daß in den Räumen der Potse die Vergewaltigung einer Frau von einem Potseplenumsmitglied bekannt ist. Der andere haute tatsächlich so Unmöglich-keiten wie "ein bißchen Frauenunterdrückung", "da unten maschieren die Nazis auf und ihr spal-tet unter uns wegen irgendwelcher Nebenwidersprüche", schließlich fragte er dann die einzige Frau die anwesend war direkt:"Bist Du denn schon mal vergewaltigt worden?" Sie gab ihm klar zu verstehen, daß Sie keinen Bock auf ihn hat, und er machte noch ein paar ganz blöde Bemerkungen und zog mit 'ner Show ab. Nach vielleicht 10 Minuten kamen dann ein paar Leute aus dem Drugstore, darunter mindestens ein Betrunkener, die anfingen sich über alles lustig zu machen, speziell über Frauen ,und das Gespräch mit "Organisator" massiv störten, womit er wieder aus dem Schneider war. Jetzt sind mehrere Frauen zu ihm gegangen und haben ihm den Schlüssel abgenommen. **Es ist unklar, ob die Frauen das weiterhin durchsetzen können, ihren und den Schutz anderer Frauen in den Räumen der Potse zu organisieren, da es dort nur eine politische Gruppe gibt und es uns mit dieser allein unmöglich ist, unseren Anspruch von einem herrschaftsfreien Ansatz dort zu verwirklichen. Es wäre höchst notwendig in der Potse, daß sich Gruppen finden würden, die Lust hätten Ihre Plenas dort zu machen und uns unterstüzen würden mit dem Krahm in der Potse.** Wir können natürlich Leute gebrauchen, die sich mit uns solidarisieren und da sin, wenn's Streß gibt, **insbesondere Frauen !**
Klar ist doch wohl, daß Typen überhaupt garnichts für Frauen zu entscheiden haben, wenn's um sexistische Angriffe geht! **Weitere Infos über :Potse , c/o SPUK, Potsdamerstr. 180a, 10783 Berlin**

Einige Überlegungen zur Mißbrauchs-Debatte um XY

Warum dieses Papier ???

Wir sind mehrere Frauen, die mit XY politisch zusammenarbeiten und ihn teilweise als Freund und Genossen bezeichnen. Wir haben vom "Niveau" der Mißbrauchsanschuldigungen gegen ihn wirklich genug und fühlen uns gezwungen, jetzt einzugreifen.

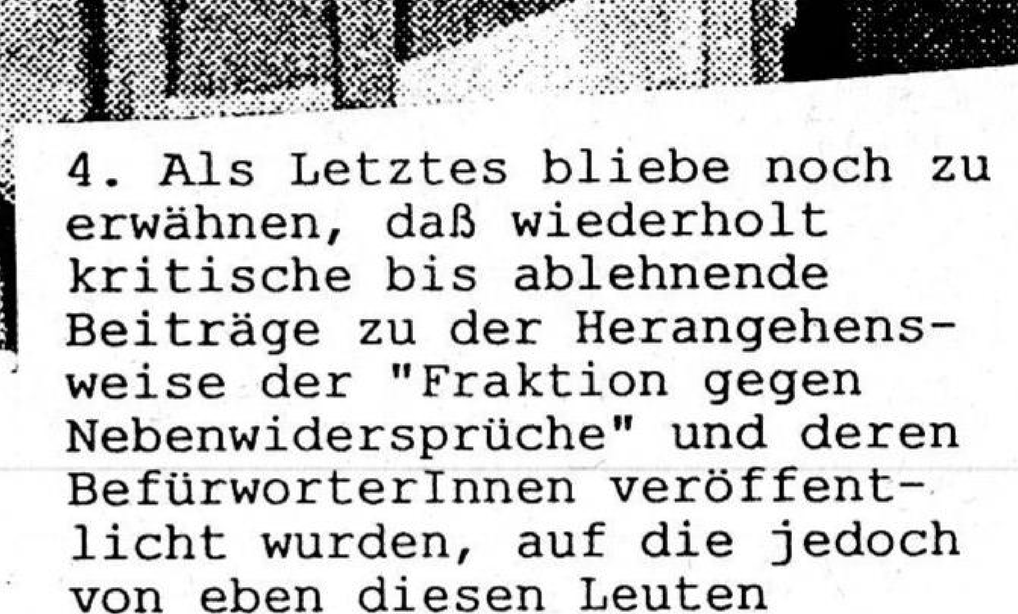
Warum erst jetzt ?

1. Wir waren der Ansicht, daß viele Gegenargumente und Richtigstellungen, speziell von Menschen, die ihn am Besten kennen und nicht nur Politik, sondern auch Alltag mit ihm teilen (oder teilten), schon seit längerem gesagt wurden. Damit war für uns ein großer Teil der Angriffe gegen XY vom Tisch. Niemand kann genauer XYs Verhältnis zu seinen jungen Freunden im Zusammenleben, in Liebesbeziehungen und in politischen Auseinandersetzungen und Strukturen kennen als die "Betroffenen" selbst.

2. XY selbst hat zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen und Fragen sehr offen und unseres Erachtens in keinster Weise polemisch Stellung bezogen. Er hat mit seiner Stellungnahme ebenfalls viele falsche Aussagen richtiggestellt. Wir jedenfalls würden nicht unsere sehr nahen Erlebnisse und Beziehungen plus Fehler vor einem anonymen Intermin-LeserInnen "Tribunal" offenlegen wollen.

3. Hier stehen u.a. schwule Beziehungen zur Diskussion. Daher hätten besonders die Beiträge verschiedener schwuler Männer zu Päderastie und zu den Mißbrauchsvorwürfen gegen XY auf Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen die Möglichkeit geboten, wegzukommen von einer offensichtlich hetero-(männer-) dominierten Diskussion. Diese Art der Diskussion erklärt die eigenen Erfahrungen und Rangehensweisen zum Dogma (was ja nun nichts sonderlich Neues ist) und schließt andere Betrachtungsweisen aus.

Wer jedoch über schwule oder bisexuelle Beziehungen diskutiert, ohne es nötig zu finden, auf mindestens drei Beiträge von schwulen Männern nur im Geringsten einzugehen, muß sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen, den gesellschaftlichen Zwang zur Heterosexualität zu reproduzieren und damit in die Ecke der Schwulenfeindlichkeit gestellt zu werden. Auch Johnny's Antwort (als einzige bis heute), nach nochmaliger Aufforderung durch die "Schwule Antifa", ändert angesichts ihres Inhalts nichts an diesem Vorwurf.



4. Als Letztes bliebe noch zu erwähnen, daß wiederholt kritische bis ablehnende Beiträge zu der Herangehensweise der "Fraktion gegen Nebenwidersprüche" und deren BefürworterInnen veröffentlicht wurden, auf die jedoch von eben diesen Leuten ebenfalls nicht eingegangen wurde.

5. Der Angriff auf XY im Oktober war eine neue Eskalationsstufe, die wir nur als feige, stumpf und hinterhältig bezeichnen können, und für uns das Faß zum Überlaufen gebracht hat. Diese Art der Eskalation war von einem Teil der DiskutantInnen von Anfang an in ihrem Diskussionsstil mitangelegt.

Soviel zu unserer Intention, jetzt das Maul aufzumachen.

Zu XY:

Wir **sind nicht** der Meinung, daß sexuelle Beziehungen zwischen Jugendlichen und um einiges älteren Erwachsenen (besonders männlichen) **unproblematisch** wären und **nicht die** Gefahr von sexuellem Mißbrauch in sich bergen. Infolgedessen ist an diesem Punkt auch unserer Ansicht nach eine gehörige Portion Mißtrauen angesagt. Wir sind allerdings dagegen, dieses Mißtrauen zu pauschalisieren und jegliche Liebesbeziehung Jugendliche/ Erwachsene zur Mißbrauchsstruktur zu erklären.

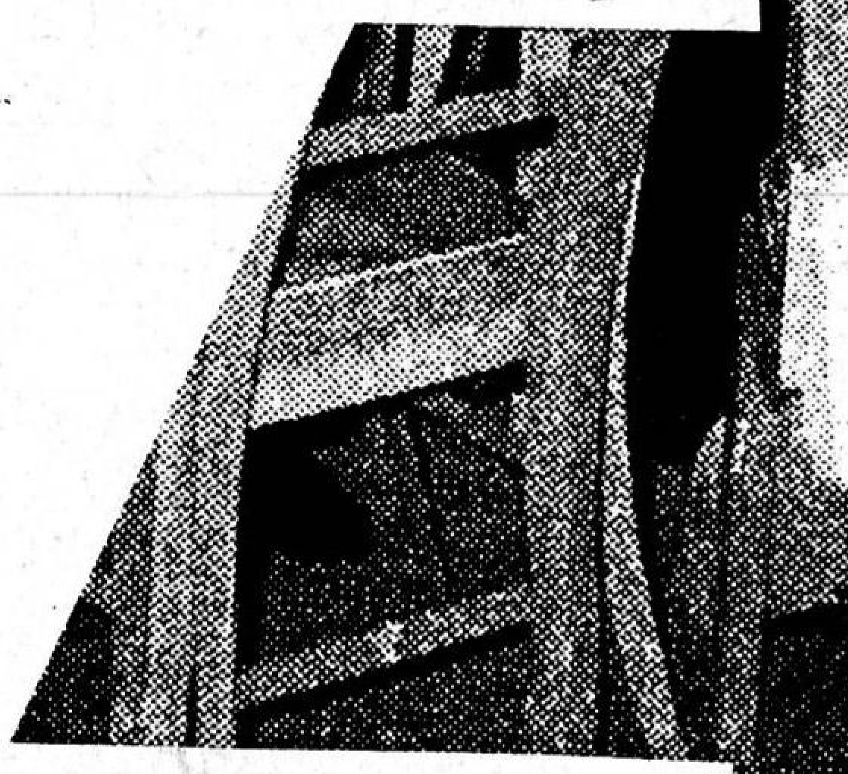
Es ist unserer Meinung nach sehr wohl möglich, daß Erwachsene mit ihrem Erfahrungsvorsprung und ihrer daraus resultierenden potentiellen Macht bewußt und vorsichtig umgehen. In derartigen Beziehungen muß nicht automatisch eine einseitige Zwangs-, Abhängigkeits- und Mißbrauchsstruktur entstehen. Abgesehen davon sind Jugendliche nicht gleich Jugendliche. An welchem Entwicklungspunkt er/sie steht, wie selbst-bewußt er/sie mit seinen/ihren Bedürfnissen umgeht, ist unterschiedlich und nicht nur vom Alter abhängig. Daß junge Mädchen/Frauen deutlich stärker von sexuellem Mißbrauch in einer Erwachsenenbeziehung bedroht sind, liegt alleine schon in der Tatsache begründet, daß sie einem doppelten Machtgefälle ausgesetzt sind: Sowohl dem zwischen "Altem" und "Junger", als auch dem patriarchalen Machtgefälle zwischen Mann und Frau.

Wir wollen uns hier jedoch auf das konkrete Thema **gleichgeschlechtlicher Beziehungen** zwischen Männern und Jugendlichen beschränken. Wir halten es für durchaus möglich, daß Jungs mit um einiges älteren Männern Liebesbeziehungen pflegen, in denen jeder von beiden seine Bedürfnisse erfüllen kann. Und zwar nicht **über** den anderen, sondern **mit** dem anderen. Außerdem plädieren wir dafür, die jeweiligen Menschen darin zu beachten, kritisch, aber ohne Pauschalisierereien und vorgefaßte Meinungen.

Sexuelle Beziehungen von **Erwachsenen mit Kindern** sind für uns grundsätzlich Mißbrauchsbeziehungen. Jugendliche unterscheiden sich allerdings von Kindern u.a. gerade darin, daß sie dabei sind, sich aus dem emotionalen Abhängigkeitsverhältnis der Familie bzw. von Erwachsenen zu lösen. Sie entwickeln ihre eigenen Werte und Vorstellungen, leben emotionale Bedürfnisse mit selbstgewählten FreundInnen aus und erleben und leben - im Gegensatz zu Kindern - ihre Sexualität bewußt.

Was uns stinkt !

1. Sowohl die "Fraktion gegen Nebenwidersprüche" als auch andere BefürworterInnen von deren Positionen legen eine sagenhafte Ignoranz gegenüber den jungen Freunden von XY an den Tag. Mit erschreckender Gradlinigkeit wird hier der Status Jugendlicher in der bürgerlichen Gesellschaft reproduziert. Entweder sie sind noch nicht ernst zu nehmen, weil ihnen die Jährchen bis zum juristischen Erwachsenenalter fehlen. Oder aber es wird ihnen die Fähigkeit abgesprochen, Situationen überschauen zu können und sich selbstständige Urteile zu bilden. Da ihnen das Bewußtsein angeblich noch fehlt, können sie auch noch nicht erkennen, ob sie z.B. mißbraucht wurden oder nicht. Sie werden per se zu Opfern gemacht, die es zu beschützen gilt, da sie selbst dazu ja noch nicht in der Lage sind - im Zweifelsfall über ihren erklärten Willen hinweg.



PÄDOPHILIE/PÄDERASTIE/ SEXUELLER MIßBRAUCH

Wir finden es wichtig, die Begriffe Pädophilie/Päderastie und sexueller Mißbrauch genau zu definieren. Schwammigkeit in der Definition, Ungenauigkeiten bei der Beschreibung einer Situation, wo **alle** Machtverhältnisse als "Mißbrauch" definiert werden, empfinden wir letztendlich als kontraproduktiv für eine Auseinandersetzung mit dem Thema "sexuellen Mißbrauch" und als Verhöhnung und Schlag ins Gesicht für die Opfer von sexuellem Mißbrauch.

Unsere Definition von Päderastie und Pädophilie haben wir aus dem Papier der Schwulen Antifa entliehen (die sich ihrerseits auf eine Wörterbuchdefinition beziehen):

Päderastie: homosexuelle Beziehung zwischen Männern und Knaben bzw. männlichen Jugendlichen.

Pädophilie: erotische/sexuelle Neigung von Erwachsenen zu Kindern beiderlei Geschlechts."

Gefaselt wird viel von patriarchalen und sonstigen Machtstrukturen, doch das eigene hierarchische Erwachsenendenken Jugendlichen gegenüber bleibt unangetastet.

Wir erwarten von Euch, daß Ihr Leute, die nicht so viele Lebensjahre auf dem Buckel haben wie Ihr, endlich in der Auseinandersetzung ernst nehmt. Euch fehlt die Bereitschaft, auch mal von Jugendlichen etwas anzunehmen und -vor allem- ihnen etwas zuzutrauen.Euer bevormundendes Gesülze läßt bei uns den Verdacht aufkommen, daß es hier nicht darum geht, Tatsachen herauszufinden, sondern das eigene, vorgefertigte Bild über XY zu bestätigen. Wer nicht mitspielt, wird zum kleinen, unreifen Idioten abgestempelt.

2. Manche gehen in ihren Konstruktionen sogar noch weiter. Da wird mal kurz eine antifaschistische Jugendgruppe zur reinen Mißbrauchsstruktur erklärt - aufgebaut und beherrscht von XY mit dem einzigen Ziel, Jugendliche als "Frischfleisch" in sein Netz zu bekommen. Die, die solch einen verlogenen, niveaulosen Dreck verbreiten, sind offensichtlich nicht nur scharf darauf, damit das richtige Szenario für ihre "Räuberpistole" zu entwerfen. Sie diskreditieren damit außer XY auch die Jugendlichen, die dort aktiv sind und angeblich nur hinterherrennen, ohne eigenen politischen Kopf und Willen. Und sie diskreditieren noch zusätzlich die gesamte politische Praxis und Struktur der Gruppe. (Ist Euch eigentlich schon aufgefallen, daß Ihr da mächtige und genauso "phantasievolle" Interessenspartner habt ?) U.a. mit dem Erfolg, daß sich die Jugendlichen mit irgendwelchen Möchtegern-Heroen aus der "Szene" auseinandersetzen mußten, die ihnen verboten, einen eigenen Stand auf einem Straßenfest zu machen. Wir stellen uns dabei die Frage, welche "politischen" Süppchen eigentlich in dieser Debatte noch so nebenbei mitgekocht werden ?

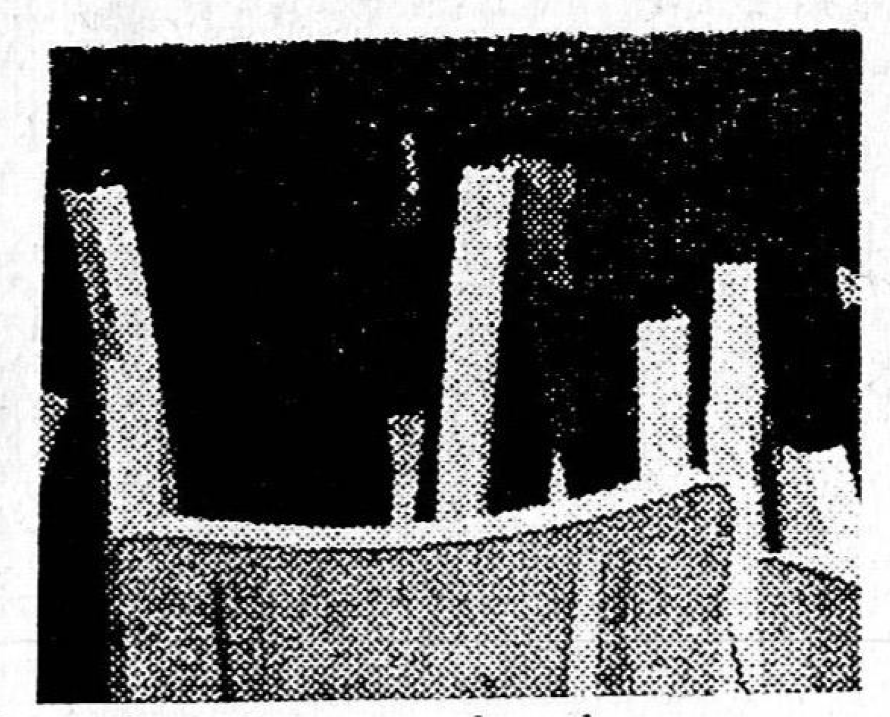
Wir beziehen uns bei unserer Definition von **sexuellem Mißbrauch** auf das Buch "Zart war ich - bitter war's"; voranschicken wollen wir, daß diese Definition sich auf sexuellen Mißbrauch von **Kindern** durch Erwachsene bezieht. Zu unserer Einschätzung von Jugendlichen/ Erwachsenen-Beziehungen s. weiter unten im Absatz.

2. Als nächstes geht uns die Ungenauigkeit dieser wohl vornehmlich HERRschaften auf den Keks. Da werden Kinder und Jugendliche, Päderastie und Pädophilie, in einen Topf geschmissen. Mißbrauchsdefinitionen werden unter Mißachtung jeglicher Fakten über einen "Täter" (XY) und dessen "Opfer" gestülpt. Einmal geht es um Jugendliche, im nächsten Moment werden die Jugendlichen wieder zu Kindern. Daß es hier um Beziehungen zwischen 16-Jährigen oder noch Älteren und XY geht, gerät dadurch immer wieder aus dem Blickfeld (Methode ?).

Hier geht es nicht darum, einem Pädophilen oder Päderasten, der **Kinder** mißbraucht, das Handwerk zu legen. Wir wollen das nochmals deutlich als Hinweis geben, für die, die es noch nicht kapiert haben. Hier geht es um die Frage, ob ein erwachsener Mittdreißiger Beziehungen mit Jugendlichen leben kann, ohne sie zu mißbrauchen !!!

Untermauert wird der Mißbrauchsvorwurf damit, daß XY einzelne Jugendliche mindestens in einem Fall angemacht hätte, wenn nicht mehr .... Abgesehen von der Schwammigkeit der Aussage, halten wir es für notwendig, daß Ihr endlich die Fakten - sollte es sie geben - auf den Tisch packt. Ihr solltet Euch mal fragen, inwieweit Ihr mit solch einer Aussage - nämlich Anbaggern=Mißbrauch - nicht die Tragweite von sexuellem Mißbrauch verharmlost. Wenn sexuelle Anmache sexuellem Mißbrauch gleichgesetzt wird, müssen wir uns fragen, wie viele Mißbraucher (auch jungen Frauen gegenüber) in dieser ach so aufgeklärten Szene eigentlich rumspringen. Und, eine kleine Frage am Rande, wer von Euch selbst hat sich nicht auch schon solcher "Delikte" schuldig gemacht?

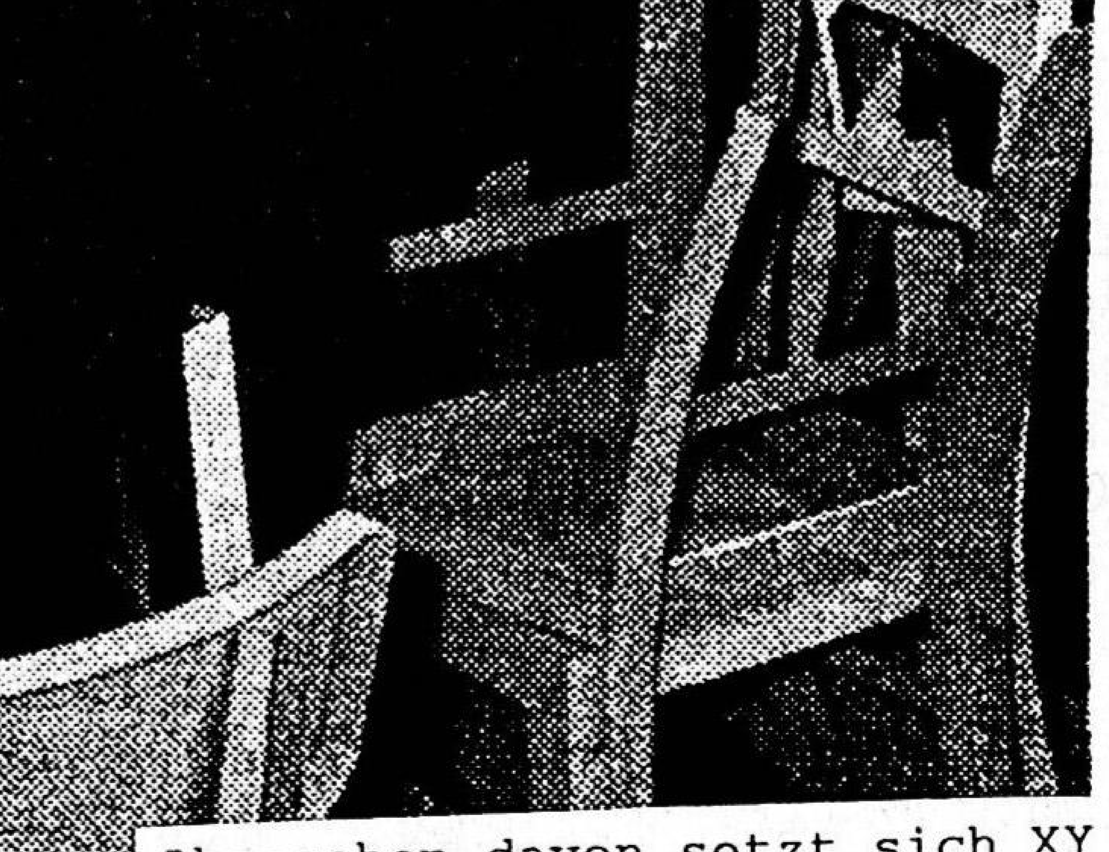
"Sexueller Mißbrauch ist immer dann gegeben, wenn ein Mädchen oder Junge von einem Erwachsenen oder älteren Jugendlichen als Objekt der eigenen sexuellen Bedürfnisse benutzt wird. (...) Fast immer nutzt der Täter ein Macht- und Abhängigkeitsverhältnis aus. (...)
Zwischen dem Täter und dem Opfer besteht fast immer eine Beziehung, die für das Mädchen



oder den Jungen durch Vertrauen, Angewiesensein und Zuneigung gekennzeichnet ist. Diese Beziehung bildet dann in der Regel die Ausgangsbasis für den durch den Erwachsenen wissentlich und bewußt vorbereiteten Mißbrauch. (...)Sexuelle Gewalt gegen Mädchen (Jungen) fängt bei heimlichen, vorsichtigen Berührungen, verletzenden Redensarten und Blicken an und reicht über Kinderpornografie bis hin zur oralen, vaginalen oder analen Vergewaltigung. (...)Sexueller Mißbrauch ist all das, was einem Kind vermittelt, daß sie als Mensch nicht interessant und wichtig ist, sondern daß Erwachsene frei über sie verfügen dürfen, daß sie abhängig ist und Gegenwehr eine Reihe schwerwiegender Folgen hat. (...) Die Reduzierung auf den Status eine Sexualobjekts und die momentane Ohnmachtserfahrung des Opfers ist das zentrale Kriterium des sexuellen Mißbrauchs, keinesfalls die vom Erwachsenenstandpunkt aus vorgenommene Feststellung eines objektiven Tatbestandes und möglicher Folgen."

Diese Definition von sexuellem Mißbrauch trifft auf die Situation von XY und die Jugendlichen, mit denen er zu tun hat, nicht zu.

Die klassische Mißbrauchssituation funktioniert über Stillschweigen des Opfers bei Sanktionsandrohungen, Isolation des Opfers und seine Abhängigkeit von der Zuwendung und Liebe des Täters. Erwachsene, die **Jugendliche** sexuell mißbrauchen, zwingen sie dazu, sich auf ihre Erwachsenenwelt einzulassen, auf ihre Bedürfnisse und



Realitäten. Da der/die Jugendliche nur Objekt für ihre Bedürfnisse ist, lassen sie sich - wenn überhaupt - lediglich aus taktischen Gründen mal auf deren Realität ein. Um das notwendige Gefühl von Abhängigkeit und Ausgeliefertsein zu erzielen, wird eine soziale Kontrolle durch andere Jugendliche nicht zugelassen. Dabei wird dafür gesorgt, daß das Opfer sich nicht mit anderen FreundInnen über die Beziehung ehrlich auseinandersetzt, geschweige denn der Täter selbst.

Im Gegensatz dazu lebt XY gemeinsam mit den Jugendlichen in einer Welt. Er lebt seine Liebesbeziehungen unter deren sozialer Kontrolle (in der WG, in der politischen Zusammenarbeit etc.). Er ist einer von ihnen, der sich mit ihrer Kritik, ihrer Sicht der Dinge, ihren Bedürfnissen und Gefühlen auseinandersetzen muß. Er lebt also seine Beziehungen für die anderen transparent, nicht von ihnen abgeschirmt, sondern inmitten von ihnen. Seine Freunde sind von seiner Zuwendung und Liebe nicht abhängig, sondern haben ein starkes eigenes Beziehungsgeflecht untereinander und zu anderen Jugendlichen. Für die Jugendlichen haben Auseinandersetzungen über alle Bereiche ihres Lebens einen hohen Stellenwert. Dadurch können Angst, Mißtrauen, Isolation oder gar Fixierung und Abhängigkeit von irgendeiner Art "Chef" nicht entstehen ! Daß das nicht nur positiv und konfliktfrei läuft, dürfte wohl allen klar sein ... .

Bei den Jugendlichen gibt es seit dem Entstehen ihrer



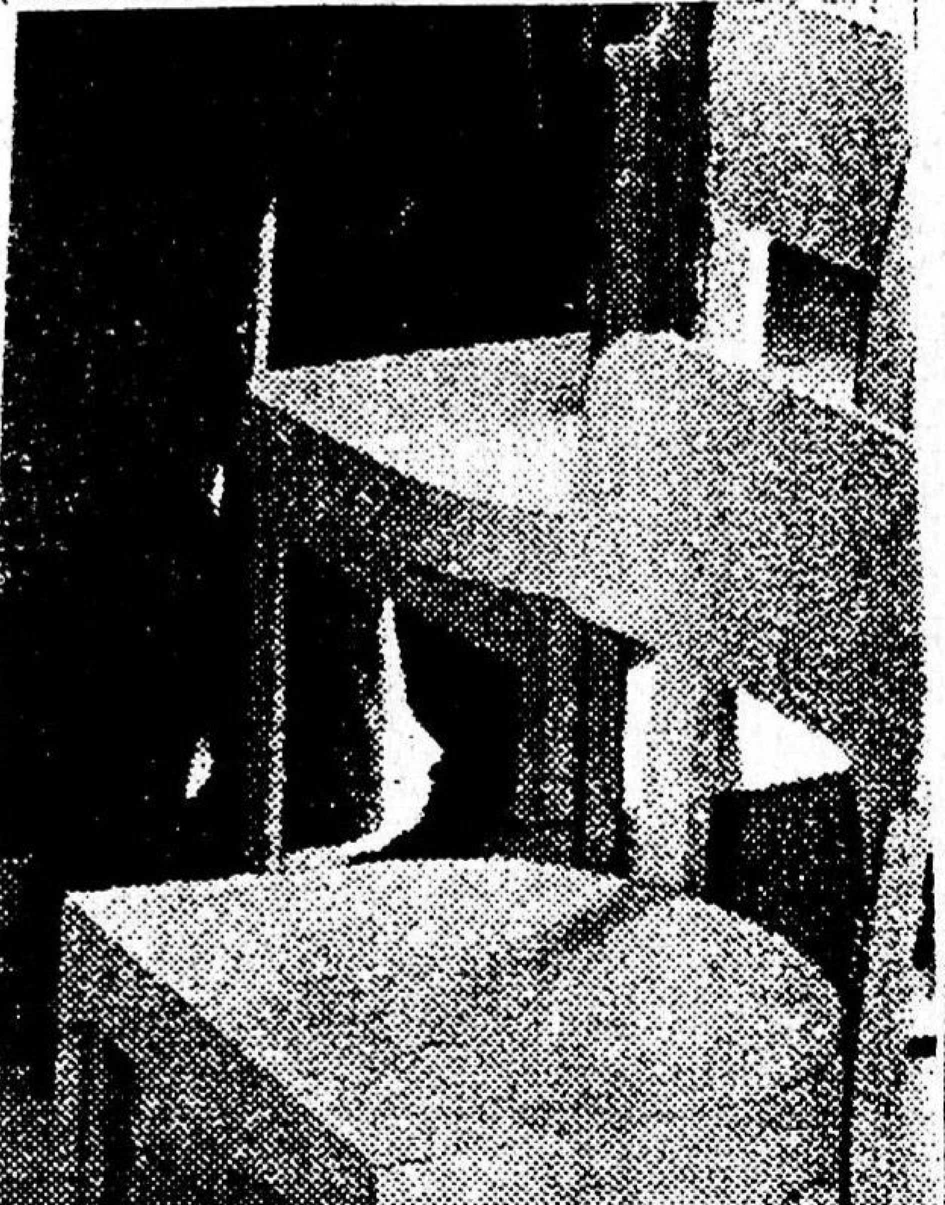
Struktur ein ausgeprägtes Mißtrauen gegen Hierachien. Dies spiegelt sich auch in ihren persönlichen Beziehungen wieder. Dadurch, daß unter ihnen das Persönliche politisch und das Politische persönlich ist, kann über Alles gesprochen werden , nicht nur über hohe Politik und Ansprüche unter Auslassung der eigenen Fehler, Ängste und Zweifel. Das kann sicherlich nicht jede/jeder in der linken Szene von sich und seinen/ ihren Lebens-/Politzusammenhängen sagen.

Abgesehen davon setzt sich XY mit seinen gleichaltrigen Freunden und Genossen über seine Liebesbeziehungen auseinander, und zwar nicht erst, seitdem diese Schlammschlacht gegen ihn läuft. Niemand, der/die XY besser kennt, sieht seine Liebesbeziehungen als unproblematisch oder widerspruchsfrei (welche Beziehung ist das überhaupt?).

Und es wäre allerdings selbstverständlich, daß in dem Fall, wo der Vorwurf des sexuellen Mißbrauchs berechtigt wäre, das auch Konsequenzen haben müßte. Es geht hier also nicht darum, zu mauern oder einen Täter zu schützen. Sondern uns geht es darum, daß wir - genauso wie XY's jugendlichen Freunde - unter anderem aus o.g. Gründen die Mißbrauchsvorwürfe als ungerechtfertigt zurückweisen. Wir sind allerdings nicht bereit, einem anonymen selbsternannten Tribunal gegenüber Auskunft über den Inhalt der Auseinandersetzung zwischen XY und denjenigen, zu denen er Vertrauen hat, zu geben. Wenn Ihr über Eure Probleme, Schwierigkeiten und Widersprüche in Euren eigenen

Beziehungen gerne Berichte in der interim verfassen möchtet: Bitte schön.

3. Wir halten die Auseinandersetzung um sexuellen Mißbrauch für absolut notwendig, und zwar sowohl was Kinder, als auch was Jugendliche betrifft. Wir halten es jedoch für falsch, diese Auseinandersetzung an einem von einigen ausgemachten "Täter" zu führen, der keiner ist. Uns stinkt außerdem die PC-Mentalität von XY's "Anklägern", die nur starre Normen entwickelt (Päderastie=Mißbrauch).



Menschen werden dann nicht mehr gesehen, es wird kein Raum mehr für Entwicklungen gelassen.Das Ganze zusätzlich unter Ausblendung der eigenen "Leichen im Keller". Indem Ihr auf einen "Bösen" einschlagt, glaubt Ihr wohl, selber weiße Westen zu bekommen? Als Männer steht Ihr innerhalb des patriarchalen Gewaltverhältnisses grundsätzlich auf der Täterseite. Geht es Euch darum, indem Ihr auf einen scheinbar besonders bösartigen "Täter" (Mißbraucher) einschlagt, von Euren eigenen Macht- und Hierarchiestrukturen Frauen gegenüber reingewaschen zu werden ?

Die öffentliche Auseinandersetzung wird vorwiegend von Männern geführt, wobei schwule Männer eine um einiges vorsichtigere und differenziertere Position darin einnehmen. Von daher gehen wir davon aus, daß die Hardliner gegen XY zu der Spezies "Heteros" zählen. Wenn diese Männer nun solche Angriffe gegen einen Schwulen und dessen Beziehungen führen, wieso reden sie dann nicht auch über ihre eigenen Objektbeziehungen zu Frauen ? Wieso nicht über die Männer in der Szene, die durchaus schon junge Frauen angebaggert haben bis hin zu Techtels und Liebesbeziehungen ? Ist das hier kein Thema, weil es in der Gesellschaft kein Thema ist ? Wieso redet Ihr über schwule Beziehungen, ohne auf Unterschiede zwischen Schwulen und Heteros einzugehen? Ist es womöglich leichter für Euch, Euch von schwulen "Tätern" zu distanzieren, also selbst eine offensichtliche Distanz zu päderastischen Beziehungen zu demonstrieren, um diesbezüglich über jeden Zweifel erhaben zu sein ?

Natürlich ist es schwieriger, eine Diskussion um Grenzen zu führen: Grenzen zwischen sexuellem Mißbrauch in Beziehungen und Machtmißbräuchen und Gewaltverhältnissen anderer Art, die besonders in Heterobeziehungen weiterhin Alltag sind (zu schwulen Beziehungen können wir nichts sagen, da wir uns mit deren Realitäten in Beziehungen wenig auseinandergesetzt haben). Wo hören patriarchale Strukturen, die Ihr noch als veränderbar seht, auf? Wo fangen sexuelle Mißbrauchsstrukturen an? Wer hat (oder hatte) wem gegenüber schon eine Objektbeziehung, wer hat wessen Unsicherheit wiederholt ausgenützt, um eigene Bedürfnisse zu befriedigen? Was ist der Unterschied zwischen Erwachsenen/Jugendlichen-Beziehungen mit jungen Frauen oder jungen Männern ?

Wir haben keine Lust, Euch die Antworten auf diese Fragen mitzuliefern. Besser wäre es, die Antworten gemeinsam zu finden. In einer Diskussion, die ernstgemeint ist, wo es nicht darum geht, einen Menschen unbedingt in die Täterschablone zu drücken, sondern darum, etwas rauszukriegen.

Und noch was: Auch für den Fall, daß Ihr denken möget, Ihr seid keine potentiellen Täter mehr, sondern ab sofort kraft Eurer Scheinradikalität in der Auseinandersetzung reingewaschen: Wir lassen uns als Frauen von Männern (die eventuell beteiligten Frauen mögen sich nicht angesprochen fühlen), noch lange nicht sagen, womit, mit wem und wo wir uns auseinanderzusetzen haben ! Vielleicht ist Euch in Euren teils abgeschiedenen Männerdiskussionen entgangen, daß unter Frauen die Mißbrauchsdiskussion schon ein wenig länger läuft. Die erschreckend hohe Anzahl von mißbrauchten Mädchen und Frauen (wir negieren damit nicht, daß auch Jungen und Männer davon betroffen sind), hat eine breite Auseinandersetzung unter Frauen längst ausgelöst. Wir finden es notwendig und eigentlich selbstverständlich, daß unter Männern dieses Thema ebenfalls diskutiert wird. Daraus allerdings das Recht abzuleiten, uns gute Ratschläge zu erteilen, ist uns etwas zu heftig. Auch durch ultimative Aufforderungen lassen wir uns keine Auseinandersetzung aufzwingen.

5. Wenn hier zusätzlich einzelne Männer (oder auch Frauen?) mit ihrer eigenen Geschichte als Opfer sexuellen Mißbrauchs argumentieren, heißt das dann für Einzelne, daß die Pflicht zum differenzierten Rangehen an andere Menschen für sie nicht mehr besteht ? Falls manche sich dazu nicht in der Lage fühlen (was verständlich wäre), wäre es dann nicht angebracht, genau zu gucken, wo Ihr mit einer eventuellen Projektion Eurer eigenen Erlebnisse auf XY mehr Schaden anrichtet, als zu einer konstruktiven Auseinandersetzung beitragt? Es kann doch auf keinen Fall darum gehen, XY als Ersatzsündenbock hinzustellen für die Täter, die mißbraucht haben.

6. Zu dem Anschlag auf XY:

Einige scheinen nicht damit klarzukommen, daß Forderungen wie "XY raus aus der Szene", "XY = Kinderficker" nicht durchzusetzen sind. Wo die Argumente ausgehen, wird halt zugelangt? Das Strickmuster riecht verdammt nach einer Form der Lynchjustiz. Daß die Angreifer-Innen dabei noch so feige sind, nicht mal zu ihren Vorwürfen und tätlichen Angriffen stehen zu können, indem sie sich vermummen müßen, das spricht für sich. Wer überzeugt davon ist, was er/sie sagt und tut, muß sich nicht verstecken und kann sich der Kritik anderer stellen. Was hier ständig und vehement in der Auseinandersetzung von XY und auch den Jugendlichen verlangt wird, wird hier nicht einmal mehr im Kleinsten erfüllt. Nicht einmal für eine schriftliche Erklärung reichts. Wenn schon die Art und Weise, in der die Diskussion verläuft (siehe unsere Kritik oben) keine Grundlage für uns ist, sich offen und solidarisch auseinanderzusetzen, so verhindert eine solche Aktion erst recht eine notwendige und konstrukrive Diskussion.

Das hat viel mit ekelhafter Sündenbock- und Machtpolitik, aber nichts mit unserem politischen Selbstverständnis als linke Frauen zu tun.

Wir fassen zusammen: Wir stellen uns in "allen Punkten der Anklage" hinter XY und die Jugendlichen. Wir sind nicht bereit, an dieser öffentlichen Auseinandersetzung mit weiteren Beiträgen teilzunehmen. Wir erwarten allerdings von der "Fraktion gegen Nebenwidersprüche" und sonstigen Befürwortern der Päderasten=Mißbraucher These, zu der stumpfen Schlägeraktion gegen XY einerseits (die Eskalation steht auch in ihrer Verantwortung) und zu den Stellungnahmen von XY, der Jugendlichen, der "Schwulen Antifa" und anderer schwuler Männer endlich Stellung zu beziehen. Wir ziehen es vor, die Auseinandersetzung weiterhin mit XY dort zu führen, wo Vertrauen und Solidarität herrschen.

Und Tschüß !

Einige empörte Frauen ohne weiße Westen

„Wir alle waren in der RAF

Es ist notwendig, daß wir zu Monika Haas einige Tatsachen klarstellen. Seit Jahren läuft gegen Monika Haas eine Dauerkampagne von Staatsschutz und Medien. Zuerst mit dem Ziel, sie unter Druck zu setzen, und als das nicht klappt, weil sie sich dagegen wehrt, kommt der Hammer mit der Justiz: Haft und Anklage wegen Beteiligung an der Lufthansa-Entführung '77 und Beihilfe zur Schleyer-Aktion.

Wir alle waren 1977 in der RAF, und wir kennen Monikas Geschichte. Es ist nicht nur rein faktisch völlig absurd, was da gegen sie inszeniert wird, ihr Leben wird zerstört, weil noch ein Schauprozeß zu „Mogadischu" (1) her muß, auf Teufel komm raus. Es gibt keinen anderen Grund für diesen Prozeß, und wenn sie niemanden haben, den sie aburteilen können, dann wird eben jemand zur „Schlüsselfigur" aufgebaut. Genau das wird hier versucht.

Noch etwas gehört dazu und hat eine bestimmte Funktion in dieser Kampagne. Sie ist vollgestopft mit einem Wust von Gerüchten in den Medien, allen voran der *Spiegel*. Monika war gleichzeitig BND-Maulwurf (2), Mossad-Spitzel, CIA-Agentin, Stasi-IM und „Schlüsselfigur des internationalen Terrorismus", bei der alle Fäden zusammenliefen.

Ob das noch einen Funken Glaubwürdigkeit oder auch nur Logik hat, ist egal. Hauptsache, es erfüllt seinen Zweck: Verwirrung stiften und Solidarität verhindern. Wir haben die Wirkung von diesem überschwappenden Dreck auch unterschätzt, und wir haben gezögert, selbst etwas zu sagen, weil Monika dann augenblicklich mit der Gegenwelle konfrontiert ist, dann heißt die nächste Schlagzeile „Schützenhilfe von den Hardlinern" oder ähnlich, und wird gegen sie gedreht. Aber in der Situation, die jetzt da ist, ist das kein Punkt mehr, das Wichtigste ist, daß die Fakten klarwerden.

Wir machen es chronologisch.

Zusammenhang mit der RAF

Nach der Stockholm-Aktion wurde ein gemeinsames Training zur Neuausbildung durchgeführt in einem palästinensischen Camp. Monika kam damals noch aus der Legalität dazu und hat sich während der Ausbildung entschlossen, einen palästinensischen Genossen zu heiraten und dort zu bleiben. Es war auch ihre Entscheidung für einen anderen politischen bzw. persönlichen Zusammenhang.

Nach der Trennung haben wir keinen Kontakt mehr zu Monika gehalten. Nur einzelne von uns haben sie ab und zu gesehen, in großen zeitlichen Abständen, wenn sich das ergab. Wir haben dann über ihre Situation geredet, über die Kinder, nichts politisches. Die RAF, Aktionen oder die Beziehungen von Organisation zu Organisation waren kein Thema.

Verhaftung in Kenia

Was wir über Monikas Verhaftung in Nairobi wissen, wissen wir von palästinensischen Genossen aus der Führung der Organisation (3), kurz gesagt, hat Monika vor allem Glück gehabt. Die kenianische Polizei hat sie gehen lassen, weil ihr Hauptinteresse war, über Monika an eine bestimmte palästinensische Genossin heranzukommen, die sie in eine Falle locken sollte. Monika ist darauf zum Schein eingegangen, weil sie darin die einzige Möglichkeit sah, aus Kenia wieder rauszukommen. Sie hatten ihr gedroht, sie verschwinden zu lassen. Es war hart, aber mit viel Glück ist sie mit ihrer Geschichte durchgerutscht und konnte ausreisen.

Es geht hier weder darum, Monikas Verhalten zu rechtfertigen, noch darum, es abzulehnen. Wir stellen nur fest, was gewesen ist und was nicht. Tatsache ist, daß sie niemanden verraten und niemanden verkauft hat, nicht in Kenia und nicht danach. Nach Monikas Rückkehr haben die Genossen die ganze Sache in allen Einzelheiten mit ihr geklärt. Wir haben keinen Zweifel, daß es eine gründliche Klärung war. Es ist auch nicht wahr, daß an der Basis danach noch weiter irgendein Verdacht geschwelt hätte, Monika sei in Wirklichkeit ein Spitzel, vom Mossad angeworben usw., alle wußten, daß die Kenia-Verhaftung geklärt war. Soweit zum „Mossad-Verdacht".

Monika selbst hat sich nach dieser Erfahrung in Kenia aus jedem aktiven Zusammenhang zurückgezogen. Für sie war es die endgültige Erkenntnis, daß der bewaffnete Kampf oder seine Unterstützung nicht ihr Weg ist. Das war Anfang '76, anderthalb Jahre vor der Schleyer-Aktion und der Lufthansaentführung (4).

Monika hat danach in Aden gelebt, zusammen mit ihrem Mann und den Kindern. Nicht versteckt, sondern offen in einem Haus, das im gleichen Viertel lag wie mehrere Botschaften, auch westliche. Kein abgeschirmter Palast, sondern ein Mehrfamilienhaus mit jemenitischen Familien. Oft genug sind die Westdeutschen dort herumgestrichen. Sie hat sich überall offen bewegt, ihr ältester Sohn ist in Aden in die Schule gegangen, sie war bekannt. Seitdem sind viele Jahre vergangen, Aden ist weit weg. Heute ist es zerstört, geplündert und von den Mullahs beherrscht. Da ist es leicht, eine ganz andere Wirklichkeit zu suggerieren und so lange zu wiederholen, bis die echte keine Chance mehr hat.

Rückkehr in die BRD

1980 hat Monika sich entschieden, in die BRD zurückzukehren mit den Kindern. wir haben das erst später erfahren, und wir waren entsetzt. Es war klar, daß sie mit ihrer Geschichte, dazu verheiratet mit einem PFLP-Kader, für den Staatsschutz so interessant war, daß sie sie hier nicht in Ruhe leben lassen würden.

Wahrscheinlich war für Monika aber einfach nur ihre eigene Situation ausschlaggebend: Daß sie nie bewaffnet gekämpft hatte, seit Jahren aus jedem politischen Zusammenhang raus war und nachweisbar nur noch auf ihre Familie bezogen gelebt hatte. Das war ihre „Sicherheit" gegenüber dem Staatsschutz, die Realität, auf der sie hier bestehen konnte. In den Presseberichten taucht immer wieder als unerklärlicher Punkt auf, daß Monika nicht gleich bei ihrer Rückkehr verhaftet wurde, es gab keinen Haftbefehl gegen sie. Warum? Weil dem Staatsschutz das alles bekannt war. Sie wußten, wie sie in Aden gelebt hatte.

Ist das wirklich so schwer sich vorzustellen? Die ganze Anklage funktioniert nur durch die zeitliche Verschiebung von 15 Jahren — hätten sie damals versucht, Monika mit ihren 3 kleinen Kindern der Öffentlichkeit als „internationale Schlüsselfigur" zu präsentieren, es wäre total durchsichtig gewesen und sofort klar, daß das erfunden ist. Es gab nichts gegen Monika, und sie haben sie sicher auch gern in die BRD zurückkommen lassen. Sie konnten davon ausgehen, daß sie wegen der Kinder weiter in Verbindung mit ihrem Mann bleiben wird, sie konnten sie jetzt komplett überwachen, abhören, beobachten, wen sie kennt, und außerdem noch direkten Druck auf sie machen. Das fing auch bald an.



und kennen Monikas Geschichte“

Im Juni ’81 wird Monika von einem Mann angesprochen, der ihr sagt, er könnte ihre geplante Reise zu ihrem Mann verhindern. Einen Tag später liegt ein Drohbrief vor der Wohnungstür. Er spielt auf eine Beteiligung an der LH-Entführung (5) an — „wir erinnern an unseren gemeinsamen Aufenthalt in Palma . . .“, außerdem enthält er Andeutungen über Kenia und die Aufforderung, Informationen über Brigitte (6) zu liefern. Monikas Anwalt gibt den Brief an die Polizei. Von dort kam er auch: In dem Brief werden Details genannt, z. B. Namen von Pässen, von denen der Staatsschutz annimmt, sie seien bei der LH-Aktion verwendet worden. Niemand außer dem Staatsschutz selbst kann diese Namen kennen.

Es bleibt nicht der einzige Versuch, Monika Angst einzujagen, um sie zur Zusammenarbeit zu pressen.

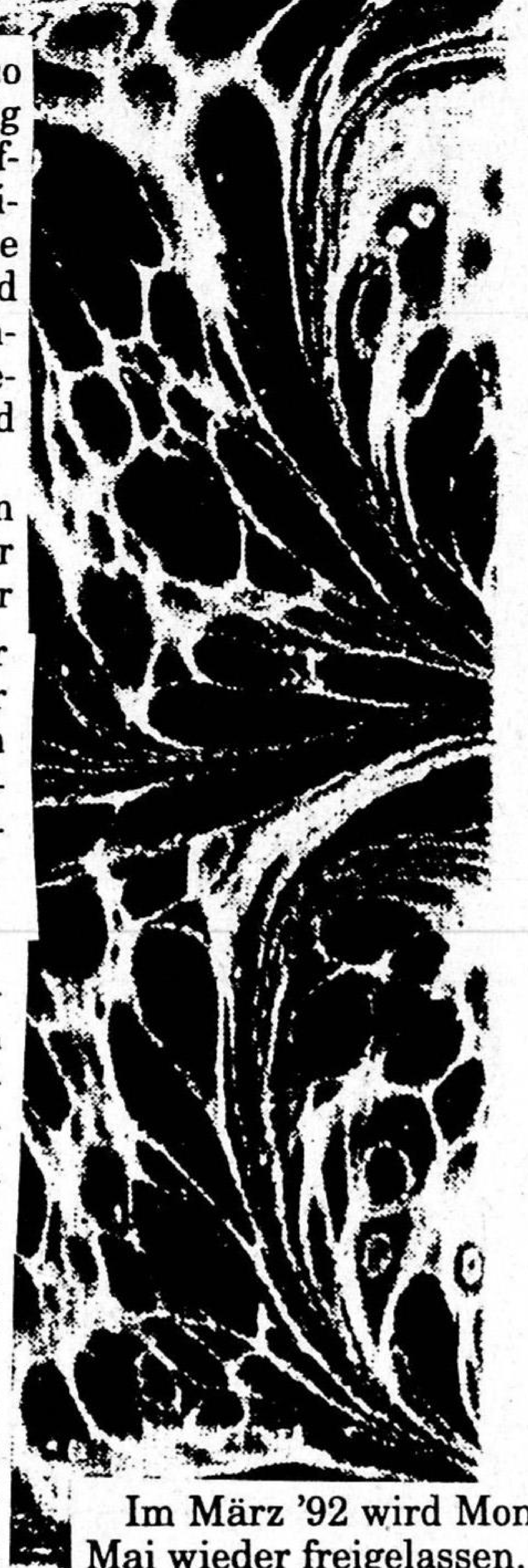
Der nächste Drohbrief kommt nach der Verhaftung von Heidi (7) und Brigitte im November ’82. Diesmal wird er an die *Frankfurter Rundschau* geschickt. Der Brief behauptet, Monika sei schuld an der Verhaftung der beiden, sie hätte die beiden verraten. Deswegen würde sie jetzt entweder von der RAF oder von den Palästinensern umgebracht werden.



Es ist das gleiche Muster wie bei der ersten Drohung. Monika soll in Angst versetzt werden, nur diesmal noch ein Zahn draufgelegt: sie soll glauben, um ihr Leben fürchten zu müssen, und daß wir es sind und die palästinensischen Genossen, die sie bedrohen.

Dieser zweite Drohbrief ist auch nie veröffentlicht worden, sie haben ihn anscheinend gleich wieder unter Verschluß genommen. Er war ja auch nur als „internes“ Druckmittel gedacht. Um den Druck noch zu verstärken, durchsucht die Bundesanwaltschaft Monikas Wohnung in Frankfurt, weil angeblich der Verdacht besteht, Heidi und Brigitte hätten dort geschlafen. Natürlich hatte niemand von uns mehr Kontakt zu Monika, nachdem sie in der BRD war, und natürlich wußte der Staatsschutz, daß es gar keinen Verrat bei der Verhaftung gegeben hatte, Tiere hatten das Depot aufgewühlt, so was ist öfters passiert. In Offenbach war der Platz nicht gut, deswegen wurde er entdeckt.

Wir haben das schon damals klargestellt: Nur wir kannten dieses Depot. Sämtliche Verrats-Stories, die bis heute in die Welt gesetzt wurden (zuletzt sollte es die Stasi gewesen sein), sind vollständig erfunden.



Wir sind auf diesen Zeitabschnitt so ausführlich eingegangen, weil er wichtig ist, um das, was heute gegen Monika aufgefahren wird, richtig zu sehen. Die Manipulation von Anfang an wird deutlich, die Absichten und die Mittel. Und es wird auch deutlich, wogegen Monika die ganzen Jahre ihre Lebensentscheidung behauptet hat. Ohne sich einschüchtern und umbiegen zu lassen.

Zwei Jahre später findet in Madrid ein Anschlag auf ihren Mann (8) statt. Er wird schwer verletzt und ist gelähmt. Wer es auch war, der Mossad oder ein anderer Dienst — die Versuche, Monika hier zur Informantin zu pressen, um an ihren Mann und seine Organisation ranzukommen, zeigen, daß es ein gemeinsames Interesse war.

Die jetzige Kampagne

Sie fängt an mit unserer Kronzeugenriege. Mit der Verhaftung der Ehemaligen von uns 1990, die in der DDR gelebt hatten. Nicht weil sie irgend etwas gegen Monika hätten aussagen können, sie kennen sie gar nicht. Aber die Tatsache, daß der Staatsschutz auf einmal einen ganzen Haufen Leute zur Hand hat, die bereit sind, den Kronzeugenhandel zu machen, öffnet nun alle Schleusen. Im Siegesrausch nach der Wende wollen sie jetzt auch den politischen Aufbruch hier, mit dem die Geschichte der RAF verbunden ist, ein für allemal justiziell versenken. Das Kronzeugeninstrument soll es bringen — eine Demonstration von neuen Aburteilungen, nach der dann alles „bewältigt“ ist, alles, das heißt: jeder Angriff auf die BRD. Sie forcieren die Auslieferung von Carlos und Johannes Weinrich (9) und sie wollen die Lufthansa-Entführung ’77 vor einem deutschen Staatsschutzsenat haben. Aber drei Kommandomitglieder sind tot. Die einzige Überlebende ist in Somalia verurteilt worden. Sie haben niemand, den sie anklagen können.

So beginnt die Kampagne gegen Monika.

Ende ’91/Anfang ’92 konzentrieren sich die Medien, gefüttert mit Staatsschutz-„Enthüllungen“, auf sie. Neuentdeckte Stasi-Akten sollen jetzt ihre Beteiligung an der LH-Aktion beweisen.

Weil das nichts weiter als eine Behauptung ist, wird sie angereichert mit einem Wirrwarr von Gerüchten, bis kaum jemand noch durchsteigen kann. Wieder soll Monika das Depot von ’82 verraten haben. Außerdem wird sie jetzt mit der Verhaftung von Sieglinde 1980 in Paris in Verbindung gebracht. Sie war beim Mossad, beim BND, sie war alles.

Im März ’92 wird Monika verhaftet. Im Mai wieder freigelassen. Begründung: Die Stasi-Akten allein reichen für einen Haftbefehl nicht aus.

Das ist auch kein Wunder, es stehen nämlich auch nur Vermutungen, Gerüchte und Geschichten über sie drin, erkennbar zusammengeschustert. Die Bedeutung dieser Akten ist so hochgepustet worden, weil sie immer im Zusammenhang mit uns genannt werden, es soll sich vermitteln, in Wirklichkeit sei das unsere Information und unser BND-Verdacht gegen Monika.

Das ist Quatsch. Der BND-Verdacht ohnehin, und generell haben wir in Gesprächen immer eine restriktive Linie eingehalten, was Informationen angeht, dem MFS gegenüber wie in allen anderen Kontakten, auch solchen, die uns nahestanden, das haben wir oft genug gesagt.

Zwei Punkte sind es, die die Stasi-Akten gegen Monika hergeben sollten; eine Beteiligung an der LH-Aktion und daß sie in Aden für den BND gearbeitet haben könnte.

Zur LH; niemand aus der RAF kennt die operativen und logistischen Details der Aktion. Das schließt auch ein, daß wir nicht wissen, wer an ihr beteiligt war konkret, es kann also überhaupt niemand von uns darüber Informationen weitergeben, das ist die Wahrheit. Egal ob Boock versucht, daran herumzudrehen, um noch mal ein Scherflein für sich rauszuschlagen.

Es ist selbstverständlich, daß wir das nicht wissen, es geht hier um eine palästinensische Aktion. Die Palästinenser kannten auch keine Details über unsere Aktionen, keine Organisation hat sich so verhalten.

Zum zweiten Punkt, dem BND-Verdacht. Richtig ist, daß es beim MFS diesen Verdacht gegeben hat. Wobei „Verdacht" schon zu hochgegriffen ist, sie haben Geschichten erzählt, nichts Reales. Es hat uns auch nicht betroffen, unsere Sicherheit ist nicht berührt worden, und es war ein palästinensisches Problem. Deshalb haben wir beim MFS bei dem Thema gemauert und es abgelehnt, uns darauf einzulassen. Daß Inge Viett dem MFS selber auch Geschichten erzählt hat, ändert daran nichts, es bleiben Geschichten.

Monika hat auch nichts mit Sieglindes Verhaftung zu tun. Und um diesen Punkt abzuschließen: Der ganze Geheimdienstnebel, der heute von den Medien um Monika inszeniert wird, ist ein Ablenkungsmanöver. Ein sehr gezieltes. Hinter zig Gerüchten und widersprüchlichem Zeug soll ihr tatsächliches Leben immer mehr verschwinden, immer weniger Gewicht haben. Denn das ist das größte Hindernis für eine Aburteilung — Monikas Lebensrealität aus diesen jetzt fast zwanzig Jahren, die Evidenz dieser Realität muß zugeschmiert werden, damit sie ihre geplante Abrechnung mit Mogadischu durchbringen. Egal mit welchen Mitteln.

Die Bundesanwaltschaft steht also 1992, nach der Aufhebung des Haftbefehls, mit leeren Händen da. Daß das trotzdem nicht ihr letzter Versuch war, zeigt sich schon daran, daß die Medienkampagne gegen Monika weiter in Gang gehalten wird. Ein paar Monate später beginnt der *Spiegel* die neue Runde: Monika, die „Queen of Aden" — Waffentransport, Schlüsselfigur, alles von vorne. In Thrillertechnik wird die Öffentlichkeit auf Monikas erneute Verhaftung vorbereitet.

Diesmal will die BAW (10) auf Nummer Sicher gehen. Im Oktober '94 veranlassen sie die Verhaftung von Souhaila Andrawes in Norwegen. Souhaila Andrawes ist die einzige Überlebende des Kommandos Martyr Halimeh (11), seit einigen Jahren lebt sie mit ihrer Familie in Oslo.

Bei den ersten Vernehmungen erklärt Souhaila Andrawes, nichts über den Waffentransport zu wissen. Monika wird von ihr überhaupt nicht erwähnt. Aber die Drohung mit der Auslieferung nach Deutschland, der Trennung von der Familie, wirkt. Einige Tage später stimmt sie dem Kronzeugenangebot der Bundesanwälte zu und sagt nun aus, Monika 1977 in Mallorca gesehen zu haben. Das reicht für einen neuen Haftbefehl gegen Monika und die jetzige Anklage.

Es kann nicht angehen, daß die Staatsschutzjustiz in alle Zukunft mit ihrem Kronzeugeninstrument (11) einfach so durchkommt und jedes politisch gewünschte Urteil produzieren kann. Die kritische Öffentlichkeit, die es noch vor der Installierung des Kronzeugengesetzes gab und die ein solches Gesetz jahrelang verhindert hat, hat seitdem die Sprache verloren. Nach jedem neuen Kronzeugenurteil wird allenfalls ein vages Mißbehagen artikuliert, der Reflex, der vorherrscht, ist: schlucken und runterspülen. Warum? Weil es jetzt legal ist? Jeder Prozeß zeigt um ein paar Stufen greller: Das Kronzeugeninstrument ist eine Sache, die sie nicht mehr hergeben wollen, weil sie damit alles machen können.

Jetzt soll es gegen Monika durchlaufen. Noch mal zu den Fakten: Anfang '76 entscheidet sich Monika für ein Leben mit Familie, außerhalb politischer und bewaffneter Zusammenhänge. Sie trifft diese Entscheidung auch aus der Knastererfahrung, die sie davor in Kenia gemacht hat. Im Juli '77 wird ihr zweites Kind geboren. Und kurz darauf, während das Baby schwer krank ist, soll sie ihre Lebensentscheidung umgeworfen und plötzlich bei einer Aktion wie der Lufthansa-Entführung mitgemacht haben. Waffen nach Westeuropa transportiert haben, wo sie gleich am Flughafen hochgehen und für lange Jahre in den Knast hätte kommen können?

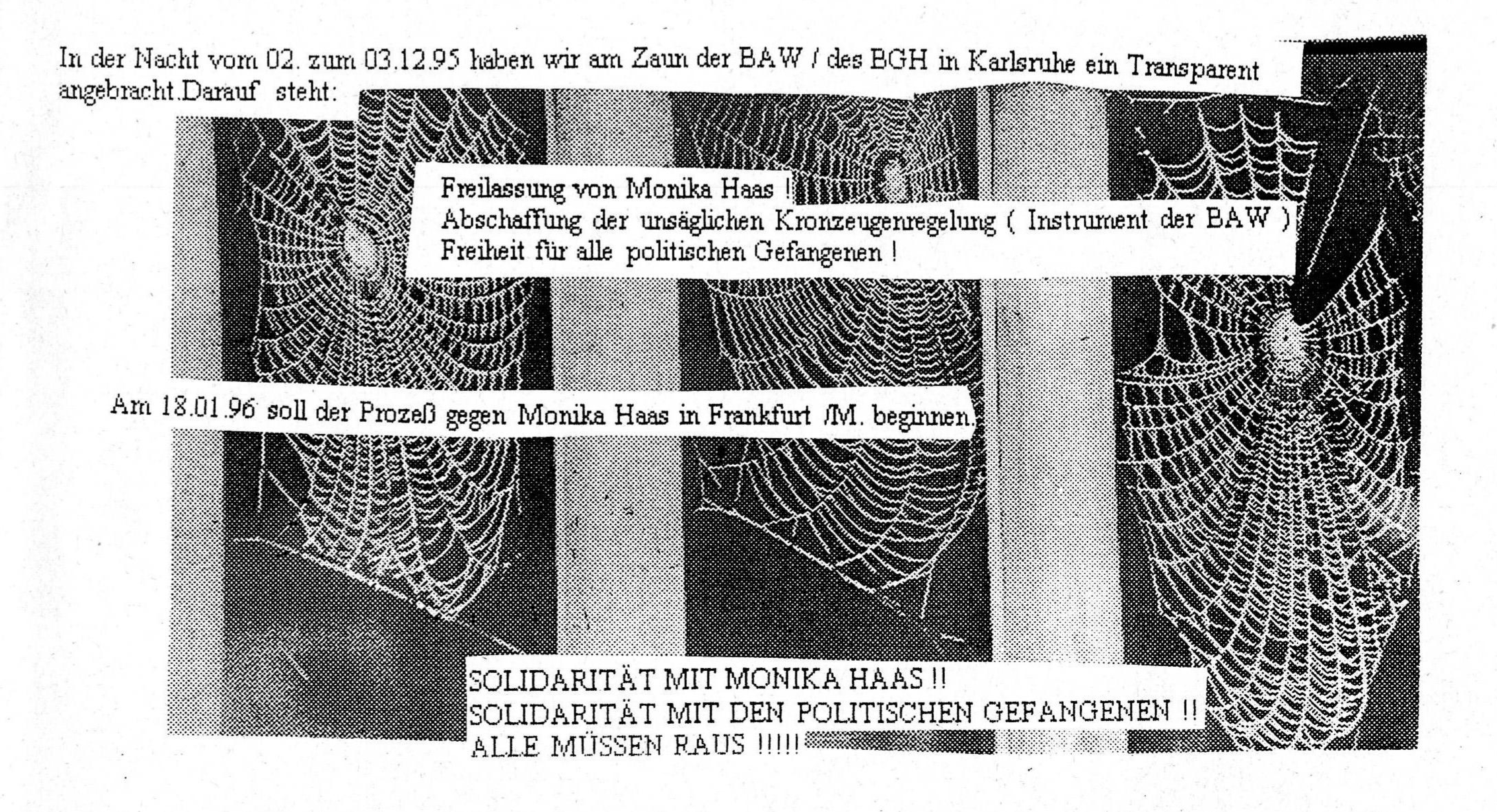
Und später geht sie mit ihren Kindern ausgerechnet hierher zurück, um seitdem auf ihre Verhaftung zu warten?

Auch zwanzig Kronzeugenaussagen könnten das nicht glaubwürdig machen. Man braucht da auch kein „Insiderwissen", es genügt der gesunde Menschenverstand.

Monika Haas muß raus! Alle, die noch nicht aufgegeben haben, selbst zu denken, fordern wir auf, sie zu unterstützen und sich für ihre Freilassung einzusetzen.

Rolf Heissler, Sieglinde Hofmann, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Heidi Schulz, Rolf-Clemens Wagner.

In der Nacht vom 02. zum 03.12.95 haben wir am Zaun der BAW / des BGH in Karlsruhe ein Transparent angebracht. Darauf steht:



Nehmen wir unser Recht in unsere Hände!

Keine Verurteilung, sondern

Freiheit für Sarah Balabagan!

Was als „Fall Sarah Balabagan" bekannt wurde, rief in den letzten Wochen internationale Proteste hervor bis in die höchsten Kreise der Gesellschaft, ja bis in die Regierungsebenen auch in Europa.
Die Realität, die aus Sarah Balabagans Leben einen „Fall" für die hiesigen Medien gemacht hat sieht zum Beispiel so aus, daß 75% der philippinischen Frauen, Kindern und Männern in größter Armut leben müssen; diese Armut wird immer weiter gesteigert unter den Programmen des Internationalen Währungsfonds und dem Schuldendiktat der Weltbank, genauso wie durch die Verschärfung der Ungerechtigkeit des Welthandels durch die Vertragsbedingungen der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation = WTO), die den Welthandel noch mehr auf den Vorteil der reichen Länder des Nordens festlegt. Dies ist die Realität, die derzeit 4,2 Milliarden philippinische Menschen dazu zwingt, den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien durch Arbeit in reicheren Ländern zu verdienen; Sarah Balabagan ist eine von ihnen.
Zu dieser Realität gehört aber gleichzeitig auch die Schließung der Grenzen Europas durch die neuen (alten) AusländerInnengesetze, die für diese Wanderinnen und Wanderer auf dem internationalen Arbeitsmarkt faktisch bedeutet, daß sie innerhalb von Europa und weltweit für immer noch miesere Arbeitsbedingungen und Löhne arbeiten müssen. Damit einher geht die Abschaffung des Asylrechtes in der BRD, damit einher gehen Schnellverfahren, Internierung und Rückschaffung von Flüchtlingen.
Damit einher geht aber auch der offene imperialistische Krieg, wie er derzeit in Jugoslawien geführt wird als Aufteilung eines Gebietes in Einflußzonen der Imperialisten (Deutschland betreibt Kriegspolitik und stärkt das wirtschaftlich starke Kroatien, um seine Einflußsphäre in Europa auszubauen, die USA unterstützen aus den selben machtpolitischen Überlegungen Bosnien und Rußland unterstützt Serbien aus den gleichen Gründen.).
Mit der imperialistischen Kriegspolitik einher gehen die Flächenbombardements der sogenannten Roten Gebiete (Gebiete, in denen die zivile Ordnung für ungültig erklärt ist und in denen Kriegsrecht gilt.) in vielen Ländern der Drei Kontinente, das heißt Bombardierung ganzer Landesteile, was nichts anderes ist als Krieg einer Regierungsschicht zur Erhaltung ihrer Macht und ihres Reichtums. Aufgrund dieses offenen, aber international nicht erklärten Krieges leben zum Beispiel auf den Philippinen von rund 65 Millionen Menschen weit mehr als eine Million Menschen als interne Flüchtlinge.

Sarah Balabagan war 15 Jahre alt, als sie 1994 in die Vereinigten Arabischen Emirate ging, um dort in einem Haushalt als sogenanntes Dienstmädchen zu arbeiten. Dabei ist bemerkenswert, daß Sarahs Herkunftsland, die Philippinen, ein gesetzliches Mindestalter von 25 Jahren für Arbeitsmigrantinnen vorschreibt. Daß Sarah 10 Jahre zu jung war, ist nur ein weiteres lukratives Geschäft für Behörden und Vermittlungsagenturen. Für einen Aufpreis von 1500 bis 2000 Dollar Vermittlungskosten - was etwa einem Jahresgehalt entspricht! - macht man die Mädchen alt genug.
Sarah geht in die Vereinigten Arabischen Emirate, um das Familieneinkommen zu unterstützen. Dort wird sie von ihrem Arbeitgeber mit vorgehaltenem Messer bedroht und vergewaltigt. Sarah entreißt dem Vergewaltiger das Messer und tötet ihn, um sich selbst zu schützen.
Sarah wurde wegen Mordes angeklagt und unter juristischer Berücksichtigung der Notwehrsituation in erster Instanz zu sieben Jahren Gefängnis und 40.000 Dollar Schadenersatz an die Familie des Vergewaltigers verurteilt. Gleichzeitig wurde ihr eine Summe von 27.000 Dollar Schadenersatz für die Vergewaltigung zugesprochen.
Dieses Urteil wurde jedoch umgehend aufgehoben, die Vergewaltigung wurde in zweiter Instanz vom Gericht verleugnet und dementsprechend ebenfalls die Notwehrsituation geleugnet.
Sarah wurde zum Tode verurteilt.
Aufgrund internationaler Proteste soll dieses Todesurteil nun nicht vollstreckt, sondern erneut in Gefängnisstrafe umgewandelt werden.
Bei der Verurteilung von Sarah fällt ein weiterer Punkt auf: Sarah ist Muslimin. Nach muslimischem Recht, der Scharia, dürfen muslimische Glaubensangehörige nicht verurteilt werden, wenn sie töten, um ihre Ehre, ihren Glauben, ihr Land und ihren Besitz zu verteidigen. Die Bevölkerung der

Bei der Verurteilung von Sarah fällt ein weiterer Punkt auf: Sarah ist Muslimin. Nach muslimischem Recht, der Scharia, dürfen muslimische Glaubensangehörige nicht verurteilt werden, wenn sie töten, um ihre Ehre, ihren Glauben, ihr Land und ihren Besitz zu verteidigen. Die Bevölkerung der Vereinigten Arabischen Emirate ist offiziell zu 95% muslimisch. Daß die Scharia bei der Verurteilung Sarahs nicht beachtet wurde, zeigt nur, daß auch das islamische Patriarchat bei der Verteidigung seiner Interessen gegen die Frauen jegliches Recht und Gesetz, das sie sonst zu ihrer Legitimation benutzen, außer Kraft setzt.

80.000 philippinische Frauen arbeiten allein in den Golfstaaten, davon 23.000 als sogenannte Dienstmädchen.
Bei der Einreise werden ihnen die Pässe abgenommen, so daß sie faktisch zu Gefangenen ihrer Arbeitgeber werden. Ihre Arbeitsbedingungen sind hart und miserabel: die Löhne, knapp 150 Dollar monatlich, werden oft gar nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt, die Mädchen und Frauen hungern, werden beleidigt., geschlagen, haben kein Recht auf ein Privatleben, sind ständig mit Vergewaltigung bedroht und von Vergewaltigung und sexueller Ausbeutung betroffen.
Sarah nahm ihr Recht in ihre Hände! 80.000 Frauen könnten das Gleiche tun! Davor haben nicht nur die Richter und die Männer und die herrschende Klasse in den Vereinigten Arabischen Emiraten Angst. Und dafür wollten sie Sarah hinrichten.

Durchschnittlich unterstützt jede philippinische Frau fünf Familienangehörige mit ihrem Job im Ausland. Viel wichtiger für die Herrschenden und Reichen auf den Philippinen ist aber, daß diese im Ausland arbeitenden Frauen und Männer 1994 rund 60% der Auslandsdevisen erwirtschafteten (dem entspricht eine Gesamtsumme von fünf Milliarden Dollar.). Das sind harte Devisen für die Regierung, die damit den Schuldendienst an die Banken der reichsten Industrieländer bezahlt, während sie an die Familien der ArbeiterInnen nur Pesos auszahlt, die ständig an Wert verlieren. Ein gar gutes Geschäft.
Für die Frauen heißt die Arbeitsmigration meist eine Verlängerung ihrer traditionellen Rolle in der Gesellschaft. Als Hausangestellte - wie Sarah Balabagan - sind die Frauen der Macht und der Willkür des Patriarchats gleich mehrfach ausgeliefert: auf den Philippinen kontrolliert die Regierung die Überweisungen ihres Einkommens, schicken die Frauen ihr Geld nicht nach Hause, wird ihnen der Paß und damit ihre rechtliche Identität entzogen. Da sie nicht legal arbeiten, können sie gegen ihre Arbeitgeber nicht klagen.
Für Sarah Balabagan organisierte GABRIELA sofort eine internationale Kampagne, die sich gegen das Todesurteil richtete, aber darüber hinaus auch den Druck auf die philippinische Regierung verstärkte, daß diese sich für die Rechte und die soziale Sicherheit der im Ausland Arbeitenden einsetzt.
In der Kampagne wird auch an Flor Contemplacion erinnert, einer philippinischen Frau, die in Singapur als Hausangestellte gearbeitet hat und die trotz internationaler Öffentlichkeit am 17. März 1995 erhängt worden ist (Sie wurde beschuldigt, das Kind ihrer Arbeitgeber getötet zu haben.).
Sarah Balabagan brach ein Tabu! Sie nahm ihr Schicksal nicht demütig hin. Sie nahm ihr Recht in ihre Hände und verteidigte ihr Leben und ihre Würde. Kein Gericht, kein Staat, keine gesellschaftliche Norm hat die Berechtigung, eine Frau zu verurteilen, die sich gegen Vergewaltigung wehrt.
Unser Protest und unser Widerstand darf nicht bei der Aufhebung des Todesurteils stehenbleiben.

Freiheit für Sarah Balabagan

Schickt Protestbriefe an die Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in Bonn, Erste Fährgasse 6, 53113 Bonn und das Philippinische Konsulat, Dreieichstr. 59 in 60594 Frankfurt/Main.
Überlegt Aktionen, die die Kampagne unterstützen. Möglich wären Unterschriftensammlungen, Öffentlichkeitsarbeit, Beiträge bei Veranstaltungen und Kundgebungen zum 25.11, dem internationalen Kampftag gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen oder auch ein Kundgebung in Bonn vor der Botschaft. Geben wir uns nicht mit der Aufhebung des Todesurteils zufrieden!

Mondsicheln, c/o Frauenbüro, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Für freie politische Kommunikation und Diskussion

Eine Razzia, die „Innere Sicherheit" und das Gewaltmonopol

„Toleranz und Gleichgültigkeit sind zwei Äußerungen desselben Dranges, die Außenwelt nicht mehr ins Bewußtsein dringen zu lassen, wo die Einsichten noch mit Konsequenzen verbunden sind. Information ist nicht Waffe, sondern ein Environment, in dem wir permanent verkehren"

GEERT LOVINK (Agentur Bilwet), in: MOLLI, Nr.10

DAS GESCHEHEN

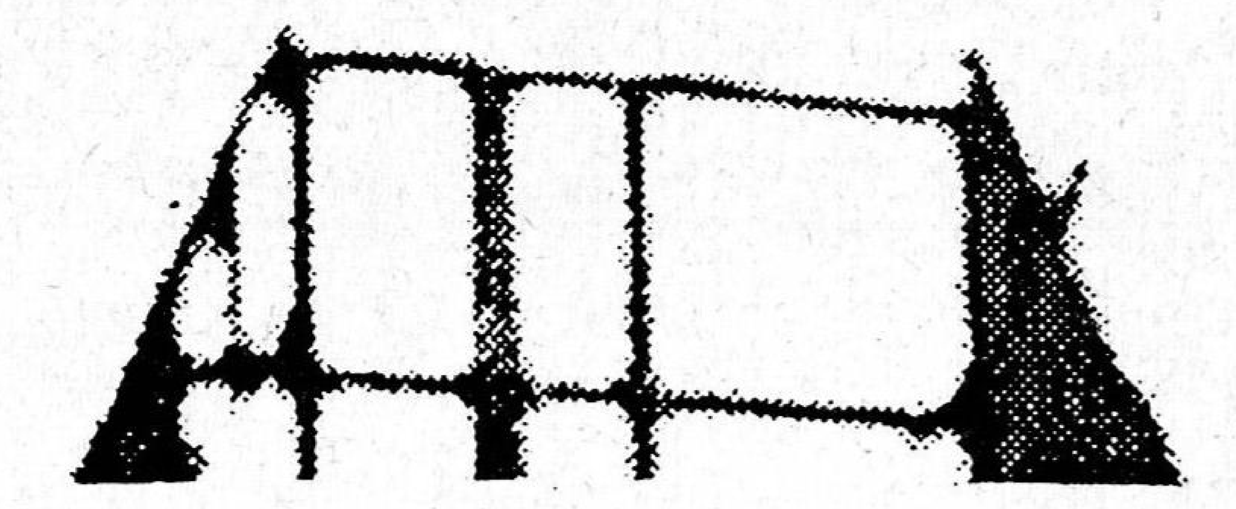
Am 4.April'95 wurde der INFOLADEN BANKROTT von mehreren Polizeibeamten auf Anordnung der Staatsanwaltschaft aufgebrochen und durchsucht. Zur gleichen Zeit, 7 Uhr 30, mußte die Freundin des Mannes, auf dessen Namen das Ladentelefon angemeldet ist, eine Razzia in der gesamten gemeinsamen Wohnung über sich ergehen lassen. Anlaß der Ladendurchsuchung war ein im Schaufenster ausgehängtes und als Dokumentation gekennzeichnetes Plakat. Der Aushang zeigt und erinnert an Halim Dener, den kurdischen Jugendlichen, der im Herbst letzten Jahres beim Plakatieren in Hannover von einem Polizisten erschossen worden war. Unterzeichnet war die Schaufensterinformation von der kurdischen Befreiungsfront ERNK, die seit dem Verbot kurdischer Vereine und Organisationen durch Innenminister Kanther vom November '93 illegal ist. Die Durchsuchung der Privatwohnung ist der Suche nach Verantwortlichen geschuldet. Vermieter wie Mieter der Räumlichkeiten im Dahlweg 64, in denen sich auch der INFOLADEN BANKROTT befindet, blieben von der polizeilichen Aktion uninformiert. Juristisch Grundlage für beide Durchsuchungen ist der „Verdacht von Verstößen gegen § 20 des Vereinsrechts", der Tätigkeiten ahndet, die der Fortführung verbotener Vereine dienlich sind.

DER ERFOLG

Beschlagnahmt wurde, neben dem beanstandeten Plakat, sämtliches Material zum Thema KURDISTAN, also Zeitschriften und Plakate ((Biji Azadi, Kurdistan-Report, Kurdistan-Rundbrief, u.a.), sowie das linksradikale Diskussionsorgan *radikal*. Da auch in der Wohnung einige Plakate gefunden wurden, mündete das Ermittlungsverfahren in einer Anklage wegen „Verstoß gegen das Vereinsrecht" und aus dem Anmelder des Ladentelefons wird nicht nur ein plakatierender Aktivist, sondern gleich der „Organisator"(Zitat Anklage) des Infoladens. Egal, wie hoch die Strafe ausfallen wird, Anwalts-und Prozeßkosten sind nicht weniger erdrückend für die Betroffenen, als die Tatsache, jeden Winkel der eigenen Wohnung als Buntfoto beim Staatsschutz zu wissen. Zwei weitere Ermittlungsverfahren wurden Ende November bekannt: wegen Verdachts des Verstoßes gegen den gannaten Paragraphen wurden die beiden namentlich bekannten Mitglieder des *Arbeitskreis Kurdistan* (sieben Monate nach der Durchsuchung) zu Ermittlungszwecken vorgeladen. Der *AK Kurdistan* ist eine der Gruppen, die Treffpunkt & Kontaktadresse im Infoladen unterhalten. Die Ermittlungen gegen den Telefonanmelder sind zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen und zur Anklage gebracht.
Informationsbeschaffung und Einschüchterung politisch Aktiver gehören zum ausgewiesenen Standardrepertoire solcher Staatsschutzaktionen.

DIE ROUTINE

Für die zuständigen Behörden gibt es wohl kaum eine weniger stressende Aufgabe mit vergleichbaren Erfolgen, als zwecks Durchsetzung einer Verbotsverfügung einen Infoladen zu durchsuchen. Schränke, Schubladen, Computer können problemlos durchwühlt und ausgeräumt werden, ohne daß ein größere Anstrengungen auf Legitimationsarbeit aufgebracht werden müßte (außer der formaljuristischen), da es eine sich empörende Öffentlichkeit nicht gibt. Sowohl in Zusammenhang mit der autonomen Szene, aus der heraus Infoläden agieren und betrieben werden, als auch in Bezug auf politischer Arbeit zu Kurdistan wird -aus mediengemachten Schrekkensvisionen einerseits und rassistisch geprägten Vorurteilen andererseits- von einer „Schuld" der Durchsuchten oder sonstwie vom Staatsschutz angegriffenen ersteinmal ausgegangen -"da muß ja wohl was dran sein...".
Ebenfalls nicht vorhanden sind neben einer unterstützenden Öffentlichkeit z.B. Vereinsvorstände, die Beschwerde einlegen oder die entwendeten Materialien zurückfordern könnten . Was die informelle und offene Struktur eines Infoladens nicht bietet, schafft die Staatsgewalt sich erst selbst: Verantwortliche.



DIE ZIELE

Die konkreten Anliegen -neben dem genannten Standarrepertoire- des Innenministeriums bei Betätigungen dieser Art leiten sich aus dem aktuellen Konzept „Innere Sicherheit“ ab. Dabei geht es in diesem Fall insbesondere um die Kriminalisierung kurdischen Widerstands in der BRD. Daß deutsche Waffen und Logistik den Völkermord an Kurdinnen und Kurden im Südosten der Türkei/ Nordwest-Kurdistan maßgeblich mit"gestalten", ist inzwischen weit über den autonomen Tellerrand hinaus bekannt und steht auch auf der Titelseite der SüddeutschenZeitung. Daß sich dagegen und dementsprechend auch hier Protest regt, wird hingegen als „neue Dimension des Terrors“(Kohl) gebrandmarkt und als solche auch behandelt und verurteilt. Spätestens seit dem Verbot kurdischer Vereine und Organisationen -das nach Absprache mit der türkischen Regierung erfolgte und mehr mit politischem Kalkül als mit realen Bedrohungen zu tun hat- gelingt es mehr & mehr, jede Solidaritätsarbeit zu Kurdistan als kriminelles Handeln darzustellen und zu kriminalisieren. Über diese rassistische Kategorisierungsarbeit („kurdisch“ = „terroristisch“) hinaus, geht's ums Prinzip, und zwar um das des staatlichen Gewaltmonopols.
Es gehört zum Selbstverständnis autonomer Gruppen, dieses Monopol nicht anzuerkennen und ihm sowohl Selbstbestimmung entgegenzusetzen als auch den Kampf anzusagen. Wenn Autonome, Feministinnen, AnarchistInnen dann Infoläden betreiben und staatlich nichtkontrolliertes Schriftgut vertreiben, wie z.B. die ***radikal*** oder eben kurdische Widerstandspresse, reizen sie eben besonders zur Durchsetzung des staatlichen Herrschaftsanspruches.

DAS ENVIRONMENT

Ein Infoladn bietet Raum zur Diskussion und den Zugang zu Informationen, die ansonsten nicht ohne weiteres erhältlich sind. Solche Räume sind nicht nur dann notwendig, wenn das Reden & Nachdenken über ***das grundsätzlich andere*** kanalisiert, eingeschränkt oder ganz verhindert wird bzw. werden soll. Sich über Solidariät mit Kurdistan auseinanderzusetzen, heißt auch, die hiesige Ruhe & Ordnung, die über Leichen geht, nicht zu akzeptieren und sie nicht über sich & andere ergehen zu lassen. Und da Inhalte und Struktur sich nicht widersprechen sollen, gibt es zumindest vom Anspruch her keine Hierarchien unter bzw. zwischen den Menschen und Gruppen, die sich hier treffen und ein- & ausgehen. Einen „Organisator“ würden wir rausschmeißen, sobald er sich zu etablieren begänne. Eine Konstruktion, die sich einen Verantwortlichen schafft, verkennt nicht nur bestehende Strukturen, sondern dient dazu, Unliebiges handhabbar zu machen. Diesem Ordnungsprinzip werden wir uns nicht unterwerfen. Das Konzept „Innere Sicherheit“ ist nicht hinnehmbar, es garantiert nicht die Sicherheit für irgendwelche Menschen (,die ohnehin illusionär ist, nicht nur in postmodernen Zeiten....), sondern dient nur der des Staates.

DIE MEINUNGSFREIHEIT

Ein Plakat wird nicht geduldet, weil es die verbotene Kombination von vier Buchstaben enthält (E-R-N-K-). (Die Ladendurchsuchung war bereits die zweite aus selbigem Anlaß: am 1.Februar d.J. waren fünf Beamte zwei Stunden damit beschäftigt, ein ebensolches Halim Dener-Plakat aus dem Fenster der Fachschaft Soziologie der Uni-Münster zu entfernen, alles nach PKK-Propaganda zu durchsuchen und jede Menge Fotos zu machen).
Eine Zeitung soll zur „kriminellen Vereinigung“ gemacht werden (und wird überall dort beschlagnahmt, wo sie gefunden wird), weil sie linksradikale Diskussionen enthält (***radikal***).
Meinungsfreiheit wird zu einer Frage des Strafrechts degradiert. Der Normverstoß wird in den Kopf vorverlegt, das 'grundsätzlich Andere' auch nur zu denken, wird gefährlich (weil kriminalisierungsgefährdet). Die Reste der politschen Opposition gegen die Nation und Deutschlands „gewachsener Verantwortung in der Welt“ -wie Kriegsbeteiligung, Abschottung vor Flüchtlingen und Abbau sozialer Rechte zugunsten verwertungsorientierter Sektoren euphemistisch zusammengefaßt werden-, werden mit Repression überzogen. Wo sich einen Dreck um Meinungsfreiheit geschert wird, weil alle sie zu haben glauben, da gehen alle Kalkulationen auf, sie einzuschränken. Der Staat hat immer ein Interesse an Zensur, auch wenn das hier selten so genannt wird.

DIE FORDERUNGEN

* Wir fordern die sofortige Einstellung der Verfahren gegen Christoph (den Ladentelefonanmelder) und die Leute vom *AK Kurdistan* !

* Außerdem fordern wir die Freilassung aller im Zusammenhang mit den Durchsuchungen vom 13.6. inhaftierten, die wegen ***radikal***, AIZ oder KOMITEE in Untersuchungshaft sitzen!
(Und grüßen ganz besonders Rainer aus Münster, der in Bielefeld gefangen gehalten wird!)

* Wir fordern außerdem die Einstellung der Verfahren gegen den Kurden Ömer Eren, der einem Konstrukt zufolge und trotz sechs Alibi-ZeugInnen des mehrfachen Mordversuches angklagt werden soll ! Wir fordern die Freilassung von Ömer aus der JVA Münster!

* Für freie politische Kommunikation und Diskussion, gegen staatliche Zensur !

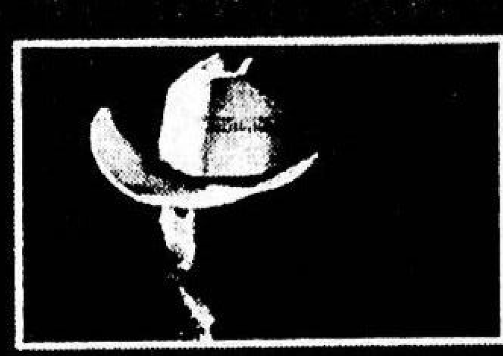


PR-Abteilung im INFOLADEN BANKROTT, Agentur für Chaos, Anarchismusforschung und blinden Aktionismus, Dahlweg 64, 48151 Münster, Tel.: 0251/ 799081 (Do, ab19Uhr)
November/ Dezember '95

Der Krieg gegen die Zeit



Chiapas/ Mexiko 1995



SOLIDARITÄT MIT DEN ZAPATISTAS



Mehringhof
Gneisenaustr.2
Berlin-Kreuzberg

KOB
Potsdamer Str.157
Berlin-Schöneberg

Info-Veranstaltung am So, 10.12.95 20 Uhr

- Aktuelle Infos zur Situation in Mexiko
- Film: "Für alle alles, für uns nichts"
- Foto-Ausstellung: "Der Krieg gegen die Zeit"

Soli-Party für die EZLN am 1.1.96 ab 18 Uhr

- Wir feiern den 2. Jahrestag des Aufstands mit Cocktails, Comida und Corridos
- Filme um 18, 20, 22 Uhr (deutsch/spanisch)







Informations- und Diskussionsveranstaltung

Türkische Faschos in der BRD

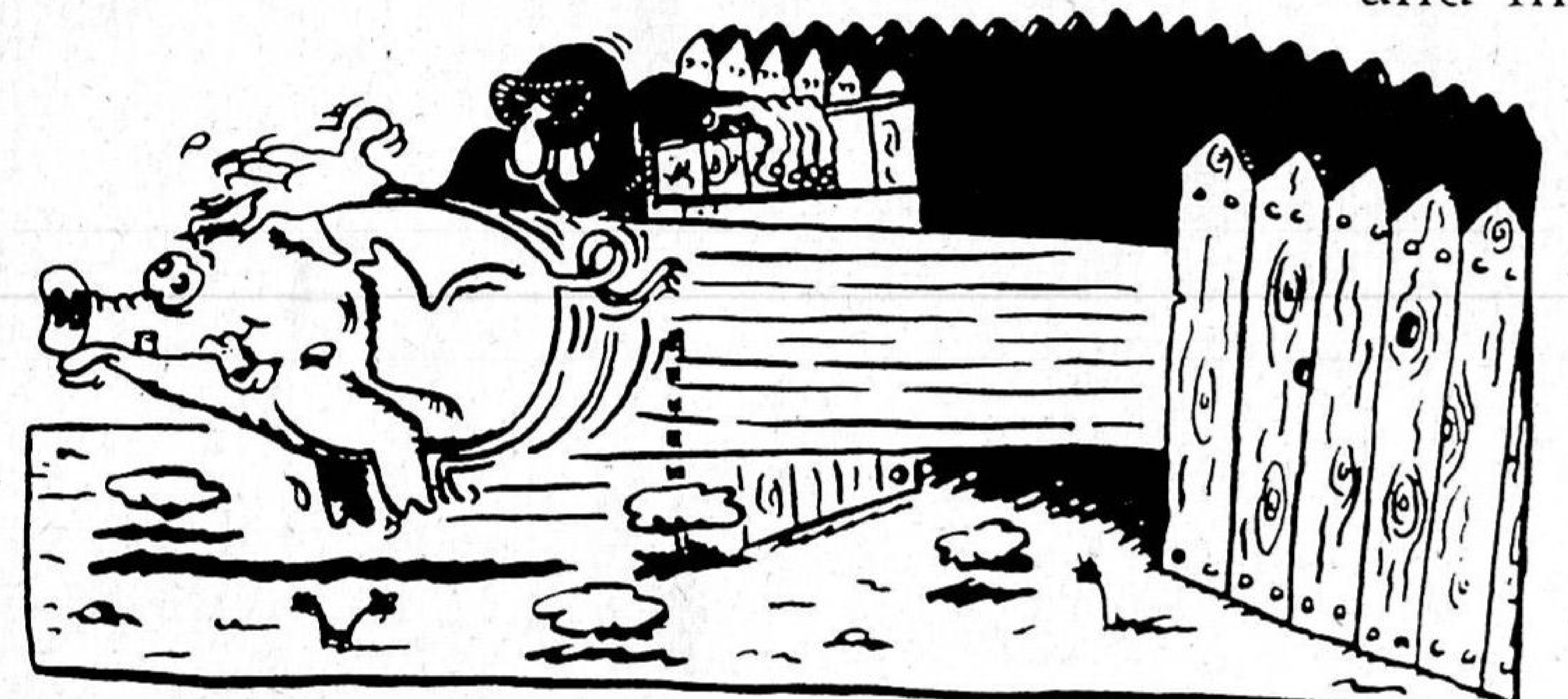
Ein Überblick über die Entwicklung der MHP-Organisationen in der BRD (bekannt z.B. als „Graue Wölfe")

Referent: F.B. (Autor bei der Zeitschrift „Inisiyatif")

Veranstaltungsort: Ex/Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
Datum: 8. Dezember 1995
Zeit: 20.00 Uhr

KØPI-PARTY

Cocktails:
Essen
und Infos



Sa 9.12 Ab 22 Uhr Köpenickerstr. 137

radikal ins nächste Jahrtausend feiern

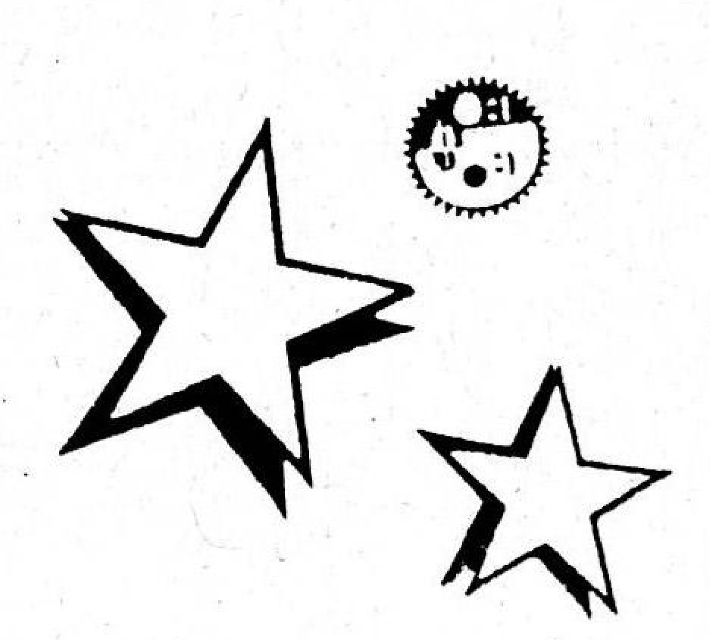
Antifa Cafe Lunte
zeigt: Brasil
+
zeigt: Wasser
Zeit: 20:00 -> 22:00
Wann? Mo: 11.12.
Wo? Info u. Stadtteilladen Lunte
Neukölln, Weisestr. 53
U-Bahn Boddinstr.

Wider-stand ist nie umsonst

und das Geld geht zur Neige...

Also wiedermal: SPENDET auf Veranstaltungen. Bei euren FreundInnen SAMMELT ÜBERLEGT EUCH vielleicht noch WAS! ne Soliparty

Berliner Solikonto:
Rote Hilfe Berlin
! Stichwort 13.6.!
(nicht vergessen anzugeben !)
Konto-Nummer.: 71 89 590 600
Berliner Bank BLZ 100 200 00





ANTIFA - TAG IM BAOBAB

AN DEN TOREN DER FESTUNG EUROPA



V.i.S.d.P.: AGIP Winsstr.53 10405 Berlin

ZUR AKTUELLEN SITUATION AN DER DEUTSCH - POLNISCHEN GRENZE

Veranstaltung der AGIP (Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg) und der Frauen-Antirassismus-gruppe im Baobab mit :

- Film
- Aktuellem Lagebericht
- Bericht von der Fahrradaktionstour
- Diskussion

DI 12.12.95 20.00 Uhr Winsstr.53



Schluß mit Sozialleistungskürzungen und Ausgrenzung

GEMEINSAM demonstrieren wir für eine MATERIELLE GRUNDSICHERUNG FÜR ALLE; ein SELBSTBESTIMMTES LEBEN und GLEICHE RECHTE für ALLE.

DEMO

am **Do. 14.** Dezember

Treff: Kottbusser Tor **um 17.**[30]

...Innen, RefRat der HUB, AStA FU, Alternative Linke (AL), Internationale Sozialistische Organisation (ISO).

DEMONSTRATION

17. Dezember '95, 14.00 Uhr, Platz der Einheit, Potsdam

gegen die Organisierte Kriminalität in unserer Polizei

- Für die Einhaltung des §11 Absatz 2 des brandenburgischen Polizeigesetzes: ***„Beim Einsatz von Polizei als geschlossene Einheiten hat jeder Angehörige der Polizei zurGewährleistung der Identifizirbarkeit deutlich sichtbar eine Dienstnummer zu tragen."***

und gegen bayerische Zustände in unserem schönen Brandenburg und unserer Hauptstadt Berlin

- Für den Erhalt der Dienstnummernpflicht im neuen berlin-brandenburgischen Polizeigesetz! Vermummungsverbot auch für die Polizei!
- Gegen die Wiedereinführung des Schießbefehls und der Todesstrafe durch „Finalen Rettungsschuß"!
- Gegen willkürliche „Vorbeugehaft", „...wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen,..." daß frau/man die Verübung eines Deliktes vorhaben könnte!
- Gegen das Belauschen von Wohn- und Schlafzimmern und die Aushebelung des Datenschutzgesetzes! Polizei raus aus unseren Badezimmern, rein in die Chefetagen!

Der Gesetzentwurf für das neue brandenburgische Polizeiaufgabengesetz liegt vor. Er soll richtungsweisend für das künftige Berlin-Brandenburg und für eine Vereinheitlichung der Polizeigesetze der Länder sein. Dabei ist er in fast allen Punkten der konservativste, den die Bundesrepublik Deutschland je gesehen hat.

Die Zeichen stehen auf Sturm!



Dezember

...Winterpause...
Das El Locco ist vom 22.12.- 08.01. geschlossen !!!



offen: Di. - Sa. 17.00 - 24.00 Uhr
So. 15.00 - 22.00 Uhr

Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin

EL LOCCO

U. + S. Bahn Yorkstr. / Bus 140 + 119



Nachhaltige Entwicklung - Für ein vorrätiges Ökokapital in der BRD -

Infoveranstaltung mit Dias

Für ein zukunftsfähiges Deutschland. In dem die Bundeswehr mittels der Krisenreaktionskräfte die Rohstoffsicherung ihrer eigenen Belange sichert. Damit Daimler & Co. weiter Hubschrauber ... basteln kann und exportieren. Das Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie in Zusammenarbeit mit Misereor und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland plädiert in einer Studie u.a. dafür, das die Rohstoffe um etwa 80 - 90 % reduziert werden sollen. Darunter auch die Teilung der Autos mit den Nachbarn. An beiden ist "etwas" dran. Doppelter Wohlstand - halbierter Naturverbrauch mit Gewinn. Eine kritische Darstellung der nachhaltigen Entwicklung ist angesagt.

Sa. 16.12. um 19.00 Uhr

Elfenbisse - Feministische Naturwissenschaft

Lesung und Buchvorstellung
von Dagmar Heymann (Hg.)
Talheimer Verlag, Mössingen-Talheim, 1995
Schriftenreihe NUT, Frauen in Naturwissenschaft und Technik e.V.

Was hat Feminismus mit Naturwissenschaft zu tun? Gar nichts bzw. ist dies nicht ein Widerspruch in sich selbst? in diesem gerade erschienenen Band zeigen Frauen vom Fach, Naturwissenschaftlerinnen aus verschiedenen Disziplinen, daß es sich hier um ein wichtiges alle angehendes Thema handelt. Die Autorinnen zeigen, wie Forschung geprägt sein kann von unserer patriarchalen Gesellschaft und überlegen, wie Naturwissenschaften zu öffnen seien für neue Denkansätze.

Mi. 13.12. um 19.00 Uhr



DEMONSTRATION

zur Unterstützung finnischer Tierbefreierinnen

am Sam. 16.12.95 um 12 Uhr
ab Rosa-Luxemburg-Platz zum finnischen Konsulat



Momentan findet in Finnland ein Prozeß gegen Tierbefreierinnen statt. Sie haben in Pelztierfarmen Käfige geöffnet, so daß 400 Füchse flüchten konnten.
In diesen Farmen werden tausende von Tieren ihr Leben lang auf engstem Raum eingesperrt, während ein einzelner Fuchs in Freiheit einen 10- bis 20-millionenfachen Raum beanspruchen würde.
Die Käfige sind rundum (also auch am Boden) aus Gitter/Draht. Die Tiere müssen ihr ganzes Leben darin verbringen und sind schutzlos jeder Witterung ausgesetzt, bis sie vergiftet, vergast oder durch Stromschlag ermordet werden, um ihnen ihr Fell abzuziehen.

Kein Mensch hier ist auf Pelz angewiesen, Pelztiere dafür umso mehr.
Da aber Finnland weltgrößter Pelzexporteur ist und bis zur Justiz fast alle (in dem Prozeßort) in diesem schmutzigen Geschäft verwickelt sind, droht den angeklagten Tierbefreierinnen außer einer übertriebenen Schadenersatzforderung eine mehrjährige Gefängnisstrafe.
Dagegen müssen wir Druck machen -gerade auch weil hier viele Pelze verkauft und getragen werden !

Freiheit für die angeklagten Tierbefreierinnen und alle eingesperrten Tiere !


BRD UND TÜRKEI:
GEGEN KURDINNEN
VON BULLEN ERMORDET
Keine Kriminalisierung von Antifas
organisiert den antifaschistischen Widerstand
Kampf der
Nato-Kriegspolitik
Demonstration
Freiheit für die radikal-Gefangenen
16.12. Hamburg · 12³⁰ Moorweide
V.i.S.d.P.: S.Aubeyer, Herrenstraße 45, 75613 Karlruhe